



Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 11. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Claudia Baumgartner (GLP), Anina Ineichen (GAB), Stefan Suter (SVP), Johannes Sieber (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	4
3.	Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK	5
4.	Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK	12
5.	Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK	15
6.	Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienststaggagaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand, Bericht der UVEK.....	29
6.1.	Motion Jérôme Thiriet und Consorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe! Bericht der UVEK	37
7.	Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR	37
8.	Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR	39
9.	Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR	40



Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[11.12.24 09:00:17]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind elf Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 142, 144, 147, 148 und 152 werden heute Nachmittag mündlich beantwortet.

Damit kommen wir zur Tagesordnung.

André Auderset möchte einen Ordnungsantrag stellen, dass wir auf die Nachtsitzung heute verzichten. Herr Auderset, Sie dürfen gerne begründen.

André Auderset (LDP): Weil ich grad draussen vorhin gefragt wurde, ob das irgendeine taktischen Gründe hat oder parteipolitischen Gründe, nein. Warum ich jetzt schon komme, ist, damit nicht wieder das Argument kommt, jetzt habe ich doch den Babysitter schon bestellt, dann können wir jetzt gleich mal schauen. Ich finde, nachdem wir jetzt eigentlich nur Nachtsitzungen hatten, wäre es mal eine gute Gelegenheit, es mal nicht zu tun. Zum einen, wir haben zwar eine relativ volle Traktandenliste, aber sehr vieles davon, ich glaube, über ein Drittel oder sogar die Hälfte sind Anzüge, die werden ja erfahrungsgemäss nicht so wahnsinnig diskutiert, da sagt man schon mal, prüfen und berichten, das kann man ja auch mal durchlassen. Also ich gehe mal davon aus, wir kriegen das einigermaßen durch. Vor allem haben wir ja insgesamt drei Tage in diesem Monat und das Budget wird uns auch nicht jetzt wirklich einen ganzen Tag beschäftigen und in der Vorweihnachtszeit haben wir vielleicht auch alle einmal eine kleine Auszeit verdient.

Ich bitte Sie also darum, dass wir heute um 18 Uhr Schluss machen können. Trotz einer Traktandenliste mit viel Plunder erhoffe ich mir ein vorfasnächtlich Wunder, nämlich einen freien Abend mit viel Genuss, mit der Familie zu Hause oder mit einem Glühwein duss. Drücken Sie bitte den richtigen Knopf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich vertrete die Gegenposition. Ich nehme all die Geschäfte, die wir auf der Traktandenliste haben, sehr ernst. Die sind ja auch zu einem grossen Teil aus Ihrer Feder und ich finde, wenn wir uns diese Aufgaben stellen, sollten wir auch die Arbeit erbringen, diese möglichst abzuarbeiten. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass wir anders als im vergangenen Januar und im zukünftigen Januar keinen zusätzlichen Sitzungstag haben und auch der potenzielle zusätzliche Sitzungstag im September war uns dieses Jahr nicht vergönnt. Ich glaube, wir müssen die Zeit nutzen, die wir haben, auch wenn ich es auch selber anstrengend finde. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Ordnungsantrag, NEIN heisst Ablehnung und somit Nachtsitzung.

Ergebnis der Abstimmung

23 Ja, 59 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005137, 11.12.24 09:03:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Eine Nachtsitzung durchzuführen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir machen eine Nachtsitzung. Mit 59 Nein-Stimmen gegen 23 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen haben Sie so entschieden.

Antrag auf dringliche Traktandierung. Die BKK beantragt Ihnen, das Geschäft Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028 auf nächsten Mittwoch, 18. Dezember, als letztes Sachgeschäft zu traktandieren. Die Präsidentin der BKK, Franziska Roth, hat das Wort für eine Begründung.

Franziska Roth (SP): Gerne begründe ich ganz kurz. Wir haben den Bericht für die Staatsbeiträge an die Kaserne Basel letzte Woche genehmigt in der BKK und wir haben festgestellt, dass die Liquidität der Kaserne Basel nicht ausreichend sichergestellt ist, um die Löhne zu zahlen. Wir wissen, es gäbe auch andere Wege, man könnte einen Antrag an den Regierungsrat aus dem PD stellen, die Kaserne könnte einen Kredit aufnehmen, für uns ist der Weg über die dringliche Traktandierung der effizienteste und einfachste Weg. Darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Eine dringliche Traktandierung benötigt ein Zweidrittelmehr.

Abstimmung

JA heisst dringliche traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005139, 11.12.24 09:05:52]

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wird auf nächsten Mittwoch auf die Traktandenliste genommen. Sie haben mit 82 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen so entschieden.

Nun liegt zur Tagesordnung noch eine Wortmeldung von Eric Weber vor. Haben Sie einen Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe zwei Anträge. Ich rede sonst nicht heute und nächste Woche, aber zu diesen Anträgen möchte ich reden. Der erste Antrag ist, ich möchte meine Interpellation zur Polizei gleich jetzt begründen und nicht erst um 15 Uhr. Ich begründe, ich habe kein Handy mehr. Die Staatsanwaltschaft hat mir mein Handy weggenommen. Ich lebe im Gefängnis. Es kann sein, dass ich jeden Moment hier in diesem hohen Haus wieder abgeholt werde zum nächsten Verhör. Dazu sage ich nur einen Satz, damit es klar ist, ich habe keine drei Wahlumschläge gestohlen. Darum möchte ich jetzt reden. Ich habe kein Handy mehr, es wurde mir alles weggenommen, ich werde eingesperrt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte geben Sie uns die Gründe, wieso wir diese Inhalte jetzt traktandieren sollen und sprechen Sie nicht über ihre Situation.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte jetzt meine Interpellation begründen, denn am Nachmittag bin ich eventuell nicht mehr hier.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das haben wir gehört. Was ist Ihr zweiter Antrag?



Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zum Schlusssatz. In der Zelle geht nicht der Notruf. Ich habe Angst, dass ich in einer Gefängniszelle getötet werde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut hier nichts zur Sache. Haben Sie einen zweiten Antrag?

Eric Weber (Fraktionslos): Der zweite Antrag ist ganz kurz, dass man meine Verabschiedung als Grossrat jetzt macht, damit ich es mir anhören kann. Denn im Gefängnis oder bei der Staatsanwaltschaft darf ich den Livestream des Grossen Rates nicht schauen. Ich beantrage, dass man mir für die laufende Legislaturperiode, wo ich den Rücktritt gegeben habe, hier jetzt die Verabschiedung in zwei Sätzen macht, dann bin ich glücklich. Wenn Sie im Januar die Grossratssitzung haben, bin ich eh nicht hier, weil ich Wahlbeobachter bin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das müssen Sie uns jetzt nicht mehr sagen. Den zweiten Antrag auf die Verabschiedung von Herrn Weber, der liegt in meiner Kompetenz und ich komme dem gerne entgegen. Herr Weber hat seinen Rücktritt erklärt auf Ende Jahr, das heisst, er wird im Januar eine Pause machen und ab Februar wieder ins Parlament stossen. Wir wünschen ihm einen schönen Januar.

Der erste Antrag, der braucht ein Zweidrittelmehr. Das wäre das Vorziehen der Interpellation von Eric Weber auf jetzt unmittelbar nach diesem Traktandum. Darüber stimmen wir ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag von Eric Weber, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005141, 11.12.24 09:10:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir bleiben bei der Tagesordnung, wie sie ist. Wir haben 84 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung damit genehmigt, Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.12.24 09:10:49]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.



3. Erneuerung der Staatsbeiträge an neun Trägerschaften im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[11.12.24 09:11:13, 24.0600.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): In der reichen Schweiz leben rund 735'000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze, dies entspricht knapp 9 Prozent der schweizerischen Bevölkerung. Wie schon mehrmals erwähnt wurde, hat die Covidpandemie in den Jahren 2020 und 2021 einen Teil dieser Realität stärker ans Tageslicht gebracht. Von Armut betroffen sind überdurchschnittlich viele alleinerziehende Rentner und Rentnerinnen sowie Menschen mit tiefer Ausbildung und in prekären, schlecht bezahlten Berufen. Die Armut in der Schweiz steigt seit zehn Jahren von Jahr zu Jahr an, wir sollten uns also nicht von den tiefen Sozialhilfequoten täuschen lassen. Armut hat zugenommen und ist sichtbarer geworden, auch bei uns in Basel.

Die Sozialziele in der Bundesverfassung, namentlich die Artikel 12 und 41, sind insgesamt sehr schwach, es lassen sich daraus keine verbindlichen Sozialrechte auf Bundesebene ableiten. Der Auftrag aus der Bundesverfassung ist somit klar nicht erfüllt und die Ziele aus der Agenda 2030, die Armut zu halbieren, wird leider meistens verfehlt. Armut ist ein strukturelles Problem und kein rein individuelles, deshalb sind neben all den richtigen und wichtigen Unterstützungsleistungen für armutsbetroffene Menschen dringend auch strukturelle Verbesserungen zu erschaffen und staatliche Hindernisse abzubauen.

In Basel tun wir das sehr gut. Es bestehen spezifische Herausforderungen, wie beispielsweise das Fehlen von bezahlbarem und günstigen Wohnraum, zudem ist trotz Mindestlohn die Zahl an Working Poor angestiegen. Es bestehen vielseitige soziale Risiken, die sich auch im Nichtbezug von Sozialhilfe ausdrücken. Neben den staatlichen finanziellen Unterstützungsleistungen und kantonalen Angeboten der Überlebenshilfe sind die von den Betroffenen gut genutzten Hilfsangebote und privaten Trägerschaften im Bereich Armut von entscheidender und grosser Bedeutung. Die erneute Verlängerung des Gesamtpaketes von sozialen Einrichtungen ist deshalb ein ganz wichtiges Paket. Vor allem im Bereich der Armut und der Überlebenshilfe ist die Prävention und die Hilfeleistung von Armutsbetroffenen entscheidend und aus dem sozialen Basel nicht mehr wegzudenken. Das Gesamtpaket unterstützt niederschwellige Organisationen mit unterschiedlichen Hilfsangeboten, Ausrichtungen und Zielgruppen.

Der Regierungsrat beantragt für insgesamt neun Einrichtungen im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die kommenden vier Jahre bis 2028 Staatsbeiträge von insgesamt 7'654'855 Franken. Dies sind pro Jahr rund 1,9 Millionen Franken. Die Beträge an die Trägerschaften variieren von jährlich 628'000 Franken, zum Beispiel an die IG Wohnen, als höchster Beitrag bis zu 60'000 Franken an die Winterhilfe Basel als tiefster Beitrag. Die Erhöhung gegenüber dem bisherigen Staatsbeitrag beträgt insgesamt knapp 200'000 Franken inklusive den Teuerungsausgleich pro Jahr. Sechs der neun Einrichtungen erhalten einen höheren Staatsbeitrag, zwei haben keine Erhöhung beantragt und bei einer Einrichtung wurde die Erhöhung abgelehnt.

Die GSK hat den Ratschlag an drei Sitzungen behandelt. Der Departementsvorsteher des WSU sowie der Leiter der Sozialhilfe haben an den Beratungen teilgenommen. Zusätzlich hat die Kommission stellvertretend zwei Einrichtungen, namentlich die Genossenschaft Overall und der Verein Treffpunkt Gundeli zu einem Hearing eingeladen. Dieser Einblick war sehr spannend und sehr lehrreich. Wir haben uns dieses Mal bewusst für kleinere Organisationen, die der GSK noch nicht so bekannt waren, entschieden, um sie einzuladen.

Die GSK begrüsst es, dass der Regierungsrat für die neue vierjährige Leistungsperiode Staatsbeiträge an die im sozialen Basel bekannten Organisation der Armut und Überlebenshilfe spricht. Diese sind gut begründet und werden von der Kommission gar nicht in Frage gestellt. Die Erhöhung bei den sechs Einrichtungen begründen sich unterschiedlich. Im Vordergrund steht dabei eine grössere Beanspruchung der Leistungen und des Personals sowie aufgrund der Anpassung des Angebots und der notwendigen Ausweitung des Stellenetats. Ebenso spielen auch bei den sozialen Einrichtungen der Rückgang von Drittmitteln und die Gefahr von strukturellen Defiziten eine entscheidende Rolle für die Erhöhungsanträge.

Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, allen einzelnen Grossratsbeschlüssen zu den neuen Einrichtungen zuzustimmen. Die Enthaltungen bei den Abstimmungen in der Kommissionsberatung beruhen allein auf den Befangenheitsgründen von



einzelnen Kommissionsmitgliedern, die durch das Ausüben von Funktionen in der Leitung oder der strategischen Führung bei den einzelnen Institutionen innehat. Besten Dank für die Zustimmung zu allen neun einzelnen Grossratsbeschlüssen, für die Einrichtungen, die ich nun hiermit einzeln erwähne, und gleichzeitig für ihre wertvolle Arbeit für die armutsbetroffenen Menschen im Namen der Gesundheits- und Sozialkommission verdanke.

Es betrifft den Grossratsbeschluss 1, der Verein Budget und Schuldenberatung Basel, Fachstelle Plusminus mit einem Betrag von insgesamt 1'417'220 Franken, Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter mit einem Beitrag von insgesamt 1'116'833 Franken, Verein Gassenküche Basel mit einem Beitrag von insgesamt 880'000 Franken, Verein IG Wohnen mit einem Beitrag von insgesamt 2'500'000 Franken, Verein Internetcafé Planet13 mit einem Beitrag von insgesamt 320'000 Franken, die Genossenschaft Overall, das Angebot Wörking mit rund 412'000 Franken, der Verein Treffpunkt Glaibasel mit einem Beitrag von insgesamt 376'000 Franken und der Verein Treffpunkt Gundeli mit einem Beitrag von insgesamt rund 380'000 Franken und abschliessend den Verein Winterhilfe Basel-Stadt mit einem Beitrag von insgesamt 224'000 Franken.

Das heisst, Sie müssen neun Mal gemäss der GSK und dem Antrag der GSK diesen Beiträgen zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir sprechen hier heute jetzt über das soziale Basel. Trotz unserem Wohlstand, unserem gut funktionierenden Wirtschaftsstandort gibt es Armut bei uns in der Stadt, Menschen, die mit tiefen Einkommen auskommen müssen. Wir als Stadt und als Kanton haben die Aufgabe und auch die Pflicht, hier eine finanzielle Grundsicherung zu leisten. Wir tun dies als Staat bei der finanziellen Existenzsicherung mittels der Sozialhilfe, aber auch mit ganz vielen Transferleistungen, die es gibt, sei es für die Mietzinsbeiträge, für die Krankenkassenprämienverbilligungen, sei es aber auch bei Menschen mit AHV- oder IV-Renten, mit der Ergänzungsleistung, dies für die finanzielle Sicherstellung der Menschen mit tiefen Einkommen oder tiefen Renten.

Darüber hinaus ist es aber gut und wichtig, dass es auch private Anbietenden gibt im Bereich der Armuts- und Überlebenshilfe. Heute sprechen wir über diesen Sammelantrag für alle diese neun Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Das sind Organisationen, die ein sehr grosses Engagement an den Tag legen, auch mit Freiwilligenarbeit, mit Spendengeldern und wir unterstützen das zusätzlich mit finanziellen Mitteln aus Steuermitteln. Dabei geht es um Treffpunkte in den Quartieren, wo Menschen hinkommen. Auch wenn die finanzielle Sicherung sichergestellt ist, ist es wichtig, dass hier die sozialen Kontakte stattfinden können.

Es geht um den Verein Gassenküche, der einen sehr günstigen Zugang zu Essen sicherstellt, oder auch um die Gassenarbeit Schwarzer Peter, der aufsuchende Sozialarbeit macht hier auf den Strassen und Plätzen unserer Stadt. Es geht um die Budget- und Schuldenberatung der Fachstelle plusminus, es geht um Unterstützung im Bereich des Wohnens durch IG Wohnen, es geht um den Bereich des digitalen Zugangs im Internetcafé Planet13 und auch im Bereich der Arbeitsintegration durch das Projekt Wörking. Alles Organisationen, die wichtig sind, einen wichtigen Beitrag leisten. Die meisten dieser Organisationen habe ich auch in den vergangenen vier Jahren besucht und ganz direkt erlebt, was für einen wichtigen Beitrag sie leisten für diese Menschen mit tiefen Einkommen bei uns in unserer Stadt.

Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Aussage, dass die Armut gestiegen ist im Kanton Basel-Stadt. Ich habe diese Zahlen nicht. Die Sozialhilfeszahlen sind sinkend seit Jahren bei uns und auch die Anzahl der Anspruchsberechtigten ist sinkend. Und wir wollen ja gerade sicherstellen, auch mit unseren Transferleistungen, dass nach diesen Leistungen eben das Existenzminimum gesichert ist.

Wichtig sind diese Institutionen aber auch insbesondere, und da haben wir wirklich einen grossen Punkt bei den Menschen, die Anspruch hätten, aber diesen nicht beziehen, weil dort reden wir wirklich von Armut von Menschen, die dieses Geld nicht haben, die zu wenig haben zum Leben und gerade bei diesen Menschen, die aus irgendwelchen Gründen nicht diese soziale Leistungen in Anspruch nehmen, dort leisten diese neun Organisationen einen enorm wichtigen Beitrag, weil da haben sie eine Möglichkeit, ohne dass sie zur Sozialhilfe kommen müssen oder einen Antrag stellen müssen für Sozial-, Transferleistungen, dass sie Unterstützung bekommen. Da leisten diese neun Organisation einen noch wichtigen Beitrag, nämlich bei den Menschen, die wir als staatliche Institution nicht erreichen.

Ich bin der Kommission sehr dankbar um das Behandeln dieser Staatsbeiträge, auch um die quasi einstimmige Unterstützung der Anträge des Regierungsrates. Die sind im Einklang auch mit diesen Institutionen ausgehandelt, auch sehr klar geschaut, was notwendig ist, wo Erhöhungen notwendig sind und wo auch nicht, und wir haben hier einen sehr breiten Konsens, der mich sehr freut. Es zeigt, dass wir im Bereich der Armutsbekämpfung in diesem Kanton gemeinsam unterwegs sind. Deshalb danke ich auch in diesem Bereich insbesondere all diesen Organisationen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeit, die sie tätigen für das soziale Basel, ich danke auch der Sozialhilfe und den anderen sozialen Organisationen im Kanton und der Stadt und ich danke der Kommission und ihrem Präsidenten für die Behandlung dieses Geschäfts und beantrage Ihnen, dem Antrag des Regierungsrates und der GSK zu folgen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und es hat sich zuerst Fleur Weibel für das GAB gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Ich möchte nur kurz zu den Staatsbeiträgen an die neun privaten Trägerorganisationen sprechen und weil es ein unumstrittenes Geschäft ist, dem trotzdem auch den Platz geben, den es verdient, und ich freue mich auch sehr, dass diese Staatsbeiträge so unumstritten durch den Grossen Rat gehen.

Wir vom GAB möchten die Bewilligung der Staatsbeiträge und auch der Erhöhung der Staatsbeiträge mit unserem grossen Dank verknüpfen an diese Einrichtungen, die im sozialen Basel unverzichtbar sind. Im Namen der Fraktion GAB danke ich also den neun Institutionen, ich erwähne sie jetzt nicht nochmals namentlich, für ihr professionelles Angebot, das sie bereitstellen für die Menschen am Rande der Gesellschaft und ihnen eine Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen, die Räume schaffen, die ohne Stigmatisierung besucht werden können, und für das Schaffen von Stabilisierung für Menschen, die in prekären Lebenssituationen am Rande des Existenzminimums leben. Nicht selbstverständlich und besonders verdankenswert ist dabei auch das hohe Mass an freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement, das in diesen Einrichtungen geleistet wird. Das kann man nicht genug hervorheben, wie wichtig dieser Einsatz und dieses Engagement ist.

Mit einer gewissen Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass in allen Einrichtungen eine zunehmende Belastung durch psychisch auffällige Personen verzeichnet und berichtet wird. Diese Zunahme und überhaupt das Thema psychische Gesundheit muss der Kanton in den nächsten Jahren im Auge behalten und, wo immer möglich, unterstützend und begleitend eingreifen und zur Seite stehen. Auch muss sich der Kanton und wir Steuerzahler*innen uns darauf einstellen, dass in Zukunft mehr Mittel für diese wichtige Arbeit dieser neun Trägerschaften bereitgestellt werden müssen, da sich abzeichnet, dass Stiftungen und Kirchen mit ihren Spendenbeiträgen rückläufig sind. In diesem Sinne begrüssen wir von Seiten des GAB, dass die Regierung auf die meisten Erhöhungsanträge der Einrichtungen eingegangen ist und dass die Regierung auch hier die Teuerung ausgleicht, um eine versteckte Beitragskürzung zu verhindern.

Wir stimmen dem Ratschlag in dieser vorliegenden Form sehr gerne zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Wie sowohl der Kommissionspräsident als auch der Regierungsrat und nun gerade Fleur Weibel bereits ausgeführt haben, beantragt Ihnen die GSK, die Staatsbeiträge für neun wichtige soziale Einrichtungen im Bereich Armut und Überlebenshilfe für die Jahre 2025 bis 2028 zu sprechen. Diese Einrichtungen sind nicht nur Anlaufstellen, sondern ein Ort der sozialen Interaktion für Menschen in prekären Lebenslagen. Ob obdachlos, von Armut betroffen, psychisch belastet oder von sonst Problemen gezeichnet, die neun Organisationen bieten Menschen in Not Unterstützung dabei, wieder Halt zu finden und ihr Leben möglichst selbstbestimmt zu gestalten. Die finanziellen Mittel an Organisationen wie unter anderen an die Gassenküche, die Gassenarbeit Schwarzer Peter oder die Winterhilfe sind nicht nur eine Unterstützung, sondern eine wichtige Voraussetzung, um die sozialen Dienstleistungen, die sozialen Angebote in unserem Kanton aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln.

Die Arbeit dieser Organisationen, das haben uns die Hearings mit Overall zum Angebot Wörking und dem Treffpunkt Gundeli eindrücklich gezeigt, gehen weit über die unmittelbare Hilfe hinaus. Sie bedeutet für viele Menschen die Möglichkeit, wieder Teil der Gesellschaft zu werden und Anschluss und Unterstützung zu finden. Institutionen wie plusminus oder das Internetcafé Planet13 sind Orte, an denen Armut nicht nur gemildert, sondern auch aktiv bekämpft wird. Und auch die IG Wohnen und der Treffpunkt Glaibasel bieten wie alle genannten Angebote nicht nur materielle Unterstützung, sondern sind auch ein Ort der sozialen Kontakte und der Beratung.

Die Armut in Basel hat sich in den letzten Jahren verschärft. Die steigenden Lebenshaltungskosten, insbesondere für Mieten und tägliche Grundbedürfnisse, treffen gerade die Haushalte mit den geringsten Einkommen besonders hart. Immer mehr Menschen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben, sind auf Unterstützung angewiesen. Eben solche Unterstützung bieten die genannten neun Organisationen, alle mit einem etwas anderen Fokus, aber alle mit den Menschen im Zentrum. Und die Menschen stehen dabei nicht bloss im Zentrum der Angebote, sondern es setzen sich auch sehr viele Menschen ehrenamtlich mit viel Herzblut und Engagement ein. An dieser Stelle ist es mir deshalb ein Anliegen, auch im Namen der SP-Fraktion, den Menschen zu danken, die sich engagieren und mit ihrer Arbeit und ihrem Einsatz das Leid anderer tagtäglich mindern. Herzlichen Dank.

Die finanzielle Unterstützung durch den Kanton ist ein Beitrag, denn wir hier und heute für die Menschen in weniger privilegierten Situationen leisten können. Im Namen der SP-Fraktion empfehle ich Ihnen deshalb, den insgesamt neun Staatsbeiträgen zuzustimmen, damit die Organisationen ihre wichtige Arbeit zur Linderung der Not von Menschen in unserer



Stadt weiterführen können. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen am Rande der Gesellschaft stehen, sind diese Angebote ein unverzichtbarer Teil des sozialen Netzwerks von Basel-Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichteten die beiden Herren zu meinen Rechten. Damit kommen wir zu insgesamt neun Abstimmungen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Verein Budget- und Schuldenberatung (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005145, 11.12.24 09:29:37]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Budget- und Schuldenberatung Basel (Fachstelle Plusminus), werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'417'220 (Fr. 354'305 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Beratung des Grossratsbeschlusses 2, Verein Gassenarbeit (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005146, 11.12.24 09:30:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 1'116'833 (Fr. 279'208 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich als Staatsbeitrag bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 3, Verein Gassenküche (Seite 10 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005147, 11.12.24 09:30:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Gassenküche Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 880'000 (Fr. 220'000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 4, Verein IG Wohnen (Seite 11 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005148, 11.12.24 09:31:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein IG Wohnen werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 2'512'000 (Fr. 628'000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.



Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 5, Internetcafé Planet13 (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005149, 11.12.24 09:32:09]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Internetcafé Planet13 werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 320'000 (Fr. 80'000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 6, Genossenschaft Overall (Seite 13 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005150, 11.12.24 09:32:46]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Genossenschaft Overall für das Angebot Wörking werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 412'280 (Fr. 103'070 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 7, Treffpunkt Glaibasel (Seite 14 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005151, 11.12.24 09:33:25]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Treffpunkt Glaibasel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 376'524 (Fr. 94'131 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 8, Treffpunkt Gundeli (Seite 15 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005152, 11.12.24 09:34:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Treffpunkt Gundeli werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 380'000 (Fr. 95'000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 93 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 9, Verein Winterhilfe (Seite 16 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005153, 11.12.24 09:34:38]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Winterhilfe Basel-Stadt werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 240'000 (Fr. 60'000 pro Jahr) zuzüglich einen allfälligen Teuerungsausgleich bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 94 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

4. Finanzhilfen für präventive und niederschwellige Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der GSK

[11.12.24 09:34:42, 24.0710.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der GSK, Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Für uns ist es wahrscheinlich selbstverständlich, eine Tagesstruktur zu haben. Der Tag ist entweder durch unsere Arbeit, durch Übernahme von Sorgeaufgaben für Kinder, Angehörige oder Partner und Partnerinnen oder auch eines politischen Amtes strukturiert. Manchmal braucht es aber wenig und eine Tagesstruktur ist plötzlich nicht mehr so selbstverständlich. Bei längerer Erwerbslosigkeit, Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit stellen sich sehr schnell existenzielle Fragen und eine sinnerefüllte Tagesstruktur ist nicht mehr zwingend vorhanden. Deshalb sind tagesstrukturierende Angebote wie beispielsweise Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt oder aktivierende unterstützende und niederschwellige Angebote zur Gestaltung des Tages bei Menschen mit Einschränkungen von grosser Bedeutung. Eine Tagesstruktur ermöglicht soziale Teilhabe, bringt Menschen in Kontakt zueinander, fördert den Selbstwert und die Selbstbestimmung, ergibt Sinnhaftigkeit und ist schlussendlich entscheidend für die Gesundheit. Menschen ohne Tagesstruktur sind einsamer und kränker.

Die Stiftung Rheinleben ist eine der grössten und in der Region anerkannte Leistungsanbieterin in Behindertenhilfe mit Fokus auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die vielfältigen Angebote der Stiftung Rheinleben fördern die soziale Teilhabe, die Selbstbestimmung und die Eigenverantwortung. Ihre Angebote dienen der Prävention und der Frühintervention und haben den Zweck, Folgekosten zu verhindern. Zudem stabilisieren sie die Gesundheit der Betroffenen und verhindern stationäre Eintritte. Insgesamt bietet die Stiftung Rheinleben niederschwellige Leistungen für psychisch beeinträchtigte Menschen mit oder ohne IV-Leistungen.



Der Regierungsrat beantragt die Weiterführung der Finanzhilfen zugunsten der Stiftung Rheinleben für zwei Tagesstrukturangebote für psychisch beeinträchtigte Personen für die kommenden vier Jahre von 2025 bis 2028. Mit der erhöhten Finanzierung soll dem zu erwartenden Anstieg der Nutzungszahlen vorausschauend begegnet werden. Gesamthaft belaufen sich die Finanzhilfen für die vier Jahre auf maximal 7'285'044 Franken. Es handelt sich dabei aber um Kostendächer. Es handelt sich dabei um das Tagesstrukturangebot für präventive Leistungen an noch nicht IV-Rentner in der Höhe von insgesamt 5'800'000 Franken sowie um das Tagesstrukturangebot für niederschwellige Leistungen an IV-Renten und Rentnerinnen in der Höhe von insgesamt 1'400'000 Franken.

An zwei Sitzungen hat die GSK den Ratschlag behandelt und begrüsst die Vorlage und erachtet die Tagesstrukturangebote für beide Zielgruppen als sehr wichtig. Es sind keine grundsätzlichen Bedenken oder Fragen aufgetaucht. Besonders für Menschen, die noch nicht eine IV-Rente zugesprochen haben, sind die präventiven Leistungen entscheidend, um eine Tagesstruktur sicherstellen zu können und somit den Selbstwert aufrechtzuerhalten bzw. diesen zu stärken. Wie Sie wissen, können langwierige IV-Abklärungen über mehrere Jahre dauern und dies führt oft zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustands.

Die für die kommenden vier Jahre geplante Angebotsausweitung reagiert auf die Entwicklung dieser Nachfrage. Die ist wieder so hoch wie vor der Pandemie und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung lässt auf einen weiteren Zuwachs schliessen. Die Soll-Zahlen 2023 wurden überfüllt und die zusätzlichen Leistungen mussten aus Drittmittel finanziert werden. Die Nachfragesteigerung entsteht insbesondere bei den jüngeren Alterskategorien und gerade hier ist die Sicherstellung der Leistungen einer Tagesstruktur von grosser Bedeutung. Die Angebotsausweitung hat zur Folge, dass die maximale Ausgabenhöhe wesentlich erhöht werden musste. Wie erwähnt, es handelt sich um ein Kostendach und es werden nur die effektiven Arbeitsstunden bezahlt werden. Es ist aber richtig, das Kostendach entsprechend den Prognosen zu erhöhen, damit nicht plötzlich die Leistungen nicht mehr in Anspruch genommen werden können, wenn denn der Bedarf da ist.

Der Leistungsbezug bei den beiden Tagesstrukturangeboten ist sehr unterschiedlich und hängt wesentlich von der individuellen Situation ab. Von kurzer intensiver Inanspruchnahme bis hin zu regelmässigen länger dauernden Besuchen mit kleinem Aufwand. Die Verteilung der Standorte ist für die Bezugsdichte ebenfalls von Bedeutung, neu hat die Stiftung Rheinleben ein Tagesstrukturangebot auf dem Gelände der UPK. Dies ist sehr erfreulich, diese Leistung wird von der Stiftung Rheinleben selbstständig finanziert.

Im Namen der GSK bedanke ich mich bei der Stiftung Rheinleben für ihre wertvolle Arbeit für Menschen mit psychischer Erkrankung. Die GSK beantragt Ihnen einstimmig, beiden Grossratsbeschlüssen zuzustimmen, dem Grossratsbeschluss 1 für präventive Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben für die kommenden vier Jahre sowie dem Grossratsbeschluss 2 für die niederschweligen Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben ebenfalls für die kommenden vier Jahre. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Kaspar Sutter für den Regierungsrat das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Auch hier sprechen wir über das soziale Basel. Wir stellen fest, die Anzahl an psychischen Beeinträchtigungen, sie nimmt stetig zu und das ist auch der Grund, weshalb wir Ihnen hiermit eine deutliche Erhöhung des Beitrags an die Stiftung Rheinleben beantragen. Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Rheinleben, die funktioniert sehr gut. Sie leistet ein wichtiges Angebot im unterstützenden und präventiven Bereich und wir wollen entsprechend den steigenden Zahlen bei den Menschen, die das benötigen, auch hier die Leistung der Stiftung Rheinleben erhöhen. Deshalb dieser Erhöhungsantrag, den wir Ihnen hier vorlegen.

Das Ziel ist die Förderung der sozialen Integration. Es ist die Unterstützung von Menschen in Krisen und in Übergangsphasen und damit möchten wir auch vermeiden, dass stationäre Unterbringungen notwendig sind oder vielleicht auch sogar, dass eine Berentung einer IV-Rente nicht gesprochen werden muss. Es leistet also auch im Sinne des Staates einen sehr wichtigen Beitrag und natürlich einen sehr enorm wichtigen Beitrag für die betroffenen Menschen. Es handelt sich dabei einerseits um ein präventives Angebot, das geht um eine Frühintervention. Man will damit auch einen Drehtüreffekt verhindern, das heisst, dass ein stetiger Ein- und Austritt aus einer Akuteinrichtung notwendig ist, und es soll eine soziale Stabilisierung stattfinden. Diese Leistungen, die sollen niederschwellig sein, so dass sie von den Menschen auch beansprucht werden.

Wie der Präsident der Kommission bereits ausgeführt hat, die Anzahl an Menschen, die diese Leistungen benötigen, sie ist deutlich gestiegen und entsprechend erhöhen wir auch für die nächste Leistungsperiode die Kontingente um 46 Prozent bei den präventiven Leistungen und um 18 Prozent bei den niederschweligen Leistungen. Die Gesamtkosten für vier Jahre belaufen sich dann auf 7,3 Millionen Franken. Wir haben da ein öffentliches Interesse. Ich habe es schon angesprochen, die präventiven Angebote, sie tragen seit vielen Jahren bei zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Betroffenen. Sie können damit Individualität, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit verhindern oder verringern. Auch eine Unterbringung in stationären Einrichtungen soll dank den vorbeugenden Angeboten möglichst verhindert werden.



Wie gesagt, der Bedarf ist hoch, so hatten wir in den Jahren 2019 jeweils eine Auslastung von 140 Prozent und von 108 Prozent, je nach Leistungsgruppe, nach dem Rückgang während der Coronazeit sind wir heute wieder auf den Vor-Covid-Zahlen mit leicht steigender Tendenz und deshalb ist es wirklich wichtig, dass wir diese Leistungen ausdehnen und ausweiten. Das Geld wird aber nur ausbezahlt, wenn auch wirklich diese Fälle da sind, also von dem her, wenn, was ja auch zu hoffen wäre, wir nicht diese hohen Zahlen haben, wenn das der Fall wäre, dann wäre entsprechend auch der finanzielle Beitrag wieder tiefer.

Die Stiftung Rheinleben, sie ist eine verlässliche Leistungserbringerin in diesem Bereich und von uns sehr geschätzt. Das öffentliche Interesse, es ist dargelegt, die GSK hat das geprüft und ist zum gleichen Schluss gekommen, ohne diese finanzielle Unterstützung wäre eine Aufrechterhaltung dieser notwendigen Leistung nicht möglich. Wir haben damit auch eine Leistung, die eigentlich einzigartig ist, auch in der Schweiz. Es ist ein sehr gutes und ein sehr wichtiges Angebot und deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen und auch ich möchte mich bedanken bei der Stiftung Rheinleben, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch der Kommission für die gemeinsame Behandlung dieses Geschäftes.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich gebe der ersten Fraktionssprecherin das Wort, es ist Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich mache es ganz kurz, möchte aber auch diese Finanzhilfe für die präventiven und niederschweligen Tagesstrukturangebote der Stiftung Rheinleben nicht unkommentiert lassen. Das GAB stimmt dieser Finanzhilfe vollumfänglich zu und möchte auch diese Finanzhilfe mit einem sehr grossen Dank verknüpfen. Dieser Dank geht an die Stiftung für ihre wichtigen Unterstützungsangebote. Der Regierungsrat und auch der Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission haben es ausführt, die Stiftung Rheinleben trägt einen wichtigen Beitrag dazu bei für die soziale Teilhabe und die Förderung der Selbstbestimmung und sie wirkt präventiv und stabilisierend und das ist in diesem Bereich von enorm grosser Wichtigkeit. In diesem Sinne bedanken wir uns sehr herzlich für die wichtige Arbeit und stimmen dieser Finanzhilfe selbstverständlich zu.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichteten Regierungsrat Kaspar Sutter und Kommissionspräsident Oliver Bolliger. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, präventive Tagesstrukturangebote (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

2. Teuerungsausgleich

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005155, 11.12.24 09:46:11]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Leistungen der Stiftung Rheinleben zugunsten von Erwachsenen mit psychischen Beeinträchtigungen ohne IV-Rente werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 5'849'200 (jährlich Fr. 1'462'300), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG), bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.



Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 90 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, niederschwellige Tagesstrukturangebote (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Gesamtausgaben

2. Teuerungsausgleich

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005157, 11.12.24 09:46:57]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für niederschwellige Leistungen der Stiftung Rheinleben ohne individuelle Bedarfsermittlung zugunsten von Erwachsenen mit psychischen Beeinträchtigungen werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'436'240 (jährlich Fr. 359'060), zuzüglich allfälliger Teuerung gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes (StBG), bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 StBG wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 88 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

5. Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West, Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse, Bericht der BRK

[11.12.24 09:47:02, 24.0185.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidenten Michael Hug.



Michael Hug (LDP): Mit dem vorliegenden Ratschlag soll ein Bebauungsplan im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse festgesetzt werden, um den Bau einer Tennishalle durch den Tennisclub Old Boys Basel zu ermöglichen. Die Schützenmatte ist in Basel vor allem als Sportanlage bekannt. So gibt es hier ein Leichtathletik- und Fussballstadion, drei Rasensportfelder unterschiedlicher Grösse, ein Kunstrasenfeld, einen Tennisplatz, einen Allwetterplatz mit Beleuchtung, eine Leichtathletikhalle mit Krafraum sowie zwei Restaurants. Auf dem vorwiegend für sportliche Zwecke genutzten Areal befinden sich ausserdem die Polizeiausbildungsstätte, ein Magazin des Tiefbauamts sowie ein Jugendzentrum. Der TCOB ergänzt das Sportangebot im westlichen Teil des Areals mit heute neun Tennisfeldern. Das Areal befindet sich in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse (NöI). Die Zweckbestimmung erlaubt dort grundsätzlich die Nutzungen Sport, Sicherheit, Bildung, Betreuung und Kultur sowie Infrastruktur, Versorgung und öffentliche Verwaltung. Während der Wintermonate beim Tennisclub wird seit Jahrzehnten eine Ballonhalle betrieben, die jedoch mit fossilen Brennstoffen beheizt wird.

Um den steigenden Bedarf an gedeckten Plätzen zu decken und den administrativen Aufwand der Anmietung externer Hallen zu minimieren, plant der TCOB eine dauerhafte Tennishalle. Die geplante Halle wird vollumfänglich privat finanziert. Das Projekt durchlief eine lange und sehr aufwändige Planungsgeschichte. Es wurde bereits eine Baubewilligung ausgestellt, welche wiederum über den gerichtlichen Weg durch Rekurs aberkannt wurde. Insbesondere aus Zonen rechtlichen Überlegungen musste die Bauherrin einen neuen Anlauf nehmen und eine Sondernutzungsplanung durchführen. Nur deswegen hat dieses Geschäft nun zu uns gefunden.

Während der Erarbeitung des vorliegenden Bebauungsplans wurde das Hallenprojekt im Dachbereich angepasst. Damit nimmt der Tennisclub wesentliche Kritikpunkte auf, die gegen die damalige Baupublikation eingebracht wurden. So wurden in den Einsprachen damals Sorgen zu Gebäudehöhen sowie zu störenden Lärm- und abendlichen Lichtimmissionen aufgrund der mit entsprechenden Installationen versehenen Dachplätzen formuliert. Das überarbeitete Projekt entspricht nun grundsätzlich immer noch dem Ursprungsprojekt. Anders in Erscheinung tritt jedoch das Dach, da auf die technischen Aufbauten wie Ball-Fang-Zaun und die Beleuchtungsmasten verzichtet werden kann. Stattdessen wird das Dach nun grossflächig begrünt und wie beim Ursprungsprojekt bereits vorgesehen wird, auf einem untergeordneten Teil des Daches ausserdem eine Photovoltaikanlage installiert.

In den Beratungen in der Kommission nahm eine fehlende Gesamtplanung für den gesamten Perimeter der Schützenmatte einen grossen Stellenwert ein. Insbesondere die im Ratschlag aufkommende gleichzeitige Evaluation eines Sekundarschulstandorts auf demselben Areal führte zu grosser Verunsicherung, dass das Areal in Zukunft noch weiter und unkoordiniert überbaut wird. Gemäss der Kommissionsmehrheit soll die Schulraumplanung jedoch nicht dazu führen, dass an den aktuell 27 kantonal evaluierten Schulstandorten ein Planungs- und Entwicklungsstopp für andere Nutzungen eintritt. Es ist aber absehbar, dass künftig nur ein kleiner Teil dieser Standorte tatsächlich für Schulen genutzt wird. Zudem erachtet die Kommissionsmehrheit es als unwahrscheinlich, dass das Planungsamt nach einer Rückweisung des Geschäfts wesentlich konkretere Aussagen vorlegen würde. Ein Teil der Kommission stört sich explizit an der Praxis, dass eine Parzelle in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse im Baurecht an Private abgegeben werden soll. Der Bedarf einer Tennishalle wird von diesem Teil der Kommission anerkannt. Zudem verstärkte sich der Trend, dass unentgeltlich genutzter Raum zunimmt, solchem mit Konsumzwang weichen muss.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde Antrag auf Rückweisung des Ratschlags an den Regierungsrat mit der Vorgabe der Ausarbeitung einer Gesamtplanung der gesamten Sportanlagen gestellt. Die BRK hat den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts mit dem Auftrag zur Erstellung einer Gesamtplanung für den Perimeter mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ein weiterer Antrag betrifft eine öffentliche Nutzung der Plätze. Der Antrag wurde damit begründet, dass der TCOB auf Kosten des derzeit polysportiv genutzten Rasens eine Halle mit zusätzlichen zwei Plätzen, einer Zuschauertribüne und Fitnessbereich errichten möchte. Die Antragstellenden beanstandeten, dass die Zonenkonformität in der NöI ohne den Zugang für Nichtmitglieder nicht ausreichend gegeben seien. In seiner Stellungnahme erklärte der TCOB, dass auch Nichtmitglieder Zugang zu den Plätzen erhalten sollen. Diese Absichtserklärung wurde zudem im Ratschlag vermerkt. Es wurde daher als folgerichtig angesehen, diese Regelung im Bebauungsplan noch konkreter festzuhalten.

Ein Teil der Bau- und Raumplanungskommission vertrat jedoch die Auffassung, dass die Aufnahme eines solchen Details in den Bebauungsplan zu weit gehe, obwohl das Anliegen selbst als berechtigt angesehen wurde. Die Erwähnung der Absicht im Kommissionsbericht wurde dennoch begrüsst. Betriebswirtschaftlich sei sinnvoll, die Halle optimal auszulasten, daher spreche nichts dagegen, die Nutzung der Halle gegen Entgelt auch Nichtmitgliedern zu ermöglichen. Aus der Diskussion heraus wurde ein Gegenantrag formuliert, den Zugang für Nichtmitglieder auf die zwei neu geschaffenen Plätze zu beschränken. Zudem wurde angemerkt, dass die bisherigen Rasenflächen, die der Halle weichen müssen, kaum genutzt würden, da sie häufig gesperrt seien.

Die Kommission unterstützt mit deutlicher Mehrheit die Ergänzung des Bebauungsplans, wonach die geplante Halle im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten für eine breite Öffentlichkeit zugänglich ist. Insbesondere sollen auch Nichtmitglieder die Plätze mieten können. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 2 Stimmen gutgeheissen. Diese Anpassungen sollen die Quartierverträglichkeit verbessern und den rechtlichen Anforderungen der Planung auf der Zone für die Nutzung im



öffentlichen Interesse entsprechen. Die aktuelle Planung schafft die Grundlage für eine modernisierte und nachhaltigere Nutzung der Schützenmatte im westlichen Teil des Areals. Die Kommission erkennt den hohen Stellenwert der sorgsam genutzten Flächennutzung im dichtbesiedelten Kanton Basel-Stadt. Sie würdigt das Engagement des TCOB, eine moderne und nachhaltige Infrastruktur in Eigenregie zu schaffen. Die Halle wird insbesondere für die Tennisschule mit über 300 Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen.

Die Kommission hat die Anliegen der Einsprechenden sorgfältig geprüft. Durch die Redimensionierung des Projekts einschliesslich einer niedrigen Bauhöhe und dem Verzicht auf Dachplätze wurde die Quartierverträglichkeit verbessert. Der Bedarf an Tennisplätzen bleibt jedoch unbestritten, gerade in der Peripherie werden immer mehr Tennishallenplätze verdrängt durch andere Nutzungen. In der Folge werden weite Fahrwege notwendig, was umständlich und nicht ökologisch ist. Das Projekt stellt auch eine nachhaltige Alternative zur bisherigen fossilen Beheizung der Ballonhalle dar.

Die BRK beantragt dem Grossen Rat mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung, den vorliegenden Bebauungsplan anzunehmen. Die geplante Tennishalle bietet eine zukunftsweisende Lösung für den Tennissport in Basel und trägt zur Diversität des Sportangebots bei, ohne die öffentliche Hand finanziell zu belasten. Die Kommission dankt dem Regierungsrat und beteiligten Fachpersonen für die Zusammenarbeit und ersucht den Grossen Rat um Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht für den Regierungsrat an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Tennisclub Old Boys hat eine hundertjährige Geschichte und zehn dieser 100 Jahre ist er jetzt schon dran, die alte Ballonhalle abzulösen, die alte Ballonhalle, die auch nicht mehr zeitgemäss ist und nicht mehr ökologisch ist. Der Kommissionspräsident hat die lange Geschichte geschildert, ich denke, ich gehe jetzt da nicht mehr im Detail darauf ein, aber es ist mir doch sehr wichtig festzuhalten, dass die Regierung dieses Projekt unterstützt. Einerseits, weil es eben vielen Menschen eine Sportmöglichkeit gibt im Winter, auch jungen Menschen, und wir haben das Projekt deswegen auch aus dem Swisslos-Sportfonds unterstützt. Es ist ein wirklich sehr sinnvolles Projekt und es ist sehr viel Herzblut und auch privates Engagement da dabei. Wir finden es wichtig, dass auch diese Wintertrainingsmöglichkeiten unterstützt werden und ich bitte Sie deshalb, diesem Bebauungsplan zuzustimmen und ich bin jetzt gespannt auf eine lebhaftige Debatte und werde mich zu einzelnen Punkten je nach Verlauf da nochmals zu Wort melden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesem Projekt zustimmen. Es wird Zeit, dass wir nun endlich auch als Kanton Basel-Stadt zeigen können, dass wir eine Sportstadt sind und dass wir Sportstadt können. In vielen anderen Bereichen wollen wir das ja auch sein, aber hier mangelt es immer mal wieder in einzelnen Bereichen. Wir haben sehr viele verschiedene Sportarten, wo wir tätig werden müssen, sei es beim Tennis, sei es beim Schwimmen, sei es bei Eisflächen und man hat es wahrscheinlich auch im privaten Umfeld gesehen, dass die Nachfrage nach Tennis in den letzten Jahren oder Jahrzehnten doch ganz klar angestiegen ist und da ist es auch wichtig, dass wir hier als Kanton Basel-Stadt reagieren und hier entsprechend gute Infrastruktur genehmigen bzw. zur Verfügung stellen.

Wenn wir jetzt dieses Projekt ansehen, dann muss ich Ihnen sagen, verstehe ich den starken Widerstand hier nicht wirklich. Das Projekt wurde sehr stark redimensioniert, man hat es so ausgestaltet, dass es quartierverträglich sein wird. Es stimmt zwar, dass Grünflächen verschwinden, allerdings werden hier nicht verschiedene Sportarten gegeneinander ausgespielt. Die Möglichkeit für die Fussballvereine bleibt weiterhin erhalten und es ist auch nicht so, dass der Nutzungsdruck an diesem Ort derart gross ist. Wir haben dort einen grossen Park, wo auch sehr viele andere Freizeitangebote stattfinden können. Es ist eine andere Angelegenheit, wie beispielsweise in Kleinbasel, wo wir viel weniger Grünflächen haben. Und, das hat auch Regierungsrätin Keller gesagt, wir haben dort auch eine gewisse Sporttradition, dass dort verschiedene Sportarten funktionieren und laufen, das hat sich hier im Kanton Basel-Stadt auch stark eingebürgert. Zudem, und das hat auch der Kommissionspräsident gesagt, haben wir hier auch einen Kompromiss in der BRK erzielen können bzw. die Mehrheit konnte sich durchsetzen, dass wir im Bebauungsplan auch diese öffentliche Zugänglichkeit noch etwas konkretisieren konnten. Dementsprechend haben wir hier auch bei dieser Halle einen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung.

Und dann kommt jetzt noch diese Argumentation mit dieser Gesamtschau, dass eventuell auch mal ein Schulraum geplant wird und da muss ich dann schon sagen, da greift dann schon auch etwas die Meinung der BRK-Minderheit etwas zu kurz. Wenn wir jetzt sagen, es fehlt an Gesamtschau, eventuell könnte hier eines Tages mal ein Schulraumprojekt geplant werden, ja, dann müssten wir ja jedes Projekt in diesem Kanton bekämpfen, weil irgendeinmal in zehn oder 20 Jahren vielleicht mal ein Schulhaus dort stehen könnte. Also das kann jetzt wirklich nicht die Argumentation sein, dann müssen wir jetzt jedes Projekt, welches in den Grossen Rat kommt, zurückweisen, nein, in 20 Jahren kann dann irgendwie ein Schulprojekt dort geplant werden und deshalb lehnen wir das ab. Das ist doch keine Argumentation, weshalb wir hier dringend benötigte



Sportinfrastruktur ablehnen. Selbstverständlich soll die Schulraumplanung hier weiterlaufen parallel dazu, das unterstützen wir auch und es wird auch sicherlich in diesem Bereich genügend Angebote geben.

Und wenn ich Sie bis jetzt noch nicht überzeugt habe, dann erlaube ich mir zum Schluss vielleicht noch folgendes, ich gehe mal davon aus, sehr viele in diesem Raum haben in den besten Zeiten von Roger Federer am Fernseher gehangen, teilweise Grand Slams gesehen über mehrere Stunden, bei diesen Duellen zwischen Federer und Nadal oder Federer und Djokovic und was würden wir jetzt hier als Kanton Basel-Stadt für ein Signal senden, wenn wir hier jetzt sagen, dass wir eine Tennishalle ablehnen, den Breitensport ablehnen, es sehr vielen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen verunmöglichen, Tennis zu spielen, weil wir nicht bereit sind, die nötige Infrastruktur dafür bereitzustellen. Bei den Swiss Indoors waren wir immer bereit für dieses Turnier, wir haben in den letzten Jahren unseren politischen Fokus sehr stark auf dieses Turnier gelegt, sei es beim Bau der St. Jakobshalle oder auch beim finanziellen Beitrag, dass dort auf dem Platz das Wort Basel steht. Dort waren wir bereit dafür, hier gibt es grosse Opposition gegen den Breitensport, gegen den Sport für Kinder und Jugendliche und das ist dann schon auch etwas widersprüchlich.

Dementsprechend, wenn wir für Spitzensport auch in Zukunft sind, wenn wir auch wollen, dass wir in zehn oder in 20 oder in 30 Jahren vielleicht wieder einen Roger Federer aus Basel haben, dann sollten wir doch dem hier zustimmen, dass wir hier auch zeigen können, dass wir heute Sportstadt sein können und sind. Wir haben heute eigentlich einen Grand Slam und wir haben gerade Matchball. Verwerten wir doch diesen Matchball direkt mit einem Ass, stimmen diesem Projekt zu, welches sehr sinnvoll ist und ich bin davon überzeugt, die Mehrheit der Bevölkerung wird uns dabei applaudieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Im Namen des GAB beantrage ich Ihnen die Rückweisung des vorliegenden Ratschlages an den Regierungsrat. Sollte dieser Antrag scheitern, werden wir das Geschäft in einer weiteren Abstimmung ablehnen. Es ist mir an dieser Stelle sehr wichtig zu betonen, dass es uns nicht gegen den Tennissport geht. Wir können sehr gut nachvollziehen, dass der Tennisclub diese Ballonhalle, die in die Jahre gekommen ist, ablösen will durch eine neue Halle. Darum geht es uns hier nicht, auch wenn wir vielleicht nicht alle passionierte Tennisspieler*innen sind. Vielmehr geht es uns um die mangelnde Gesamtplanung und den Verlust der öffentlich nutzbaren Fläche.

Im Rahmen der Veröffentlichung des Ratschlages wurde zum ersten Mal publik, dass die Schützenmatte als potenzieller Standort für eine dringend benötigte Sekundarschule evaluiert wird. Und das stimmt nicht, Herr Messerli, dass in Zukunft an jeder Stelle, wo ein Projekt entstehen soll, dass dort auch vielleicht noch eine Schule vorgesehen ist, sondern diese Standorte sind wohl vorgelegt, die sind uns nicht bekannt, sondern die werden uns tröpfchenweise bekanntgegeben. Es wurde aus unserer Sicht versäumt, für den gesamten Perimeter der Schützenmatte eine umfassende und zukunftsorientierte Gesamtplanung zu erstellen. Angesichts der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und der Bedeutung der Fläche für das öffentliche Interesse ist dies unverständlich, entscheiden wir hier heute doch über einen Bebauungsplan, einen Bebauungsplan, der faktisch ein Baugesuch ist. Darüber, wie es zu dieser Ausgangslage gekommen ist, hat der Präsident der BRK bereits ausführlich berichtet, weshalb ich darauf verzichten werde.

Ohne eine entsprechende Gesamtplanung drohen aus unserer Sicht in Zukunft Nutzungskonflikte, die langfristig sowohl sportliche als auch schulische und andere öffentliche Interessen beeinträchtigen können. Die geplante Tennishalle führt zu einer Einschränkung von öffentlich zugänglichem Raum. Ein Teil der bestehenden Sportrasenfläche, die heute polysportiv genutzt wird, soll weichen, um den Bau zu ermöglichen. Diese Fläche erfüllt heute eine wichtige Funktion für die allgemeine Freizeitgestaltung und wird sowohl von Vereinen als auch von Anwohnerinnen und Anwohnern rege genutzt. Wir begrüßen, dass der Tennisclub eine Öffnung der Halle für Nichtmitglieder vorsieht, dies kann die Umwidmung der öffentlichen Fläche zugunsten eines privaten Vereins jedoch nicht aufwiegen und widerspricht unserer Ansicht nach dem Gedanken der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse.

Im Sinne der ausgeführten Punkte beantrage ich im Namen des GAB die Rückweisung des Geschäftes an den Regierungsrat mit dem Auftrag, eine behördenverbindliche Gesamtplanung für die Schützenmatte zu erarbeiten. Diese Planung muss alle aktuellen und potenziellen Nutzungen einschliesslich Sport, Bildung und Freizeit in Einklang bringen und sicherstellen, dass die Fläche im Sinne des öffentlichen Interesses nachhaltig genutzt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Pascal Messerli und Andrea Strahm möchten Ihnen Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Zuerst Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lea Wirz, sind Sie sich bewusst, dass die Schulraumplanung Aufgabe des Regierungsrates ist und der Regierungsrat dieses Projekt unterstützt? Das heisst, dass dieser Zielkonflikt, welcher Sie hier erläutert haben, gar nicht, existiert?



Lea Wirz (GAB): Es ist mir bewusst, dass es Aufgabe des Regierungsrates ist. Ich habe den Eindruck, dass die verschiedenen Departemente nicht genügend miteinander kommunizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Andrea Strahm stellt ihre Frage.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ist Ihnen bewusst, dass die fragliche Ecke praktisch gar nicht genutzt wird, dass dort eine Baracke steht und dass es ein ziemlich chaotischer Platz ist, der nicht geprüft werden kann vom Hallenwart?

Lea Wirz (GAB): Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe den Schluss der Frage nicht ganz verstanden. Es ist heute eine Wiese dort, die von allen genutzt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die GLP ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Die ganze Diskussion um den Bau der neuen Tennishalle auf der Schützenmatte West zeigt, wie schwierig, aber auch wie wichtig es ist, in einem dichtbebauten Kanton wie Basel-Stadt einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu finden. Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der Bau- und Raumplanungskommission und spricht sich für die Annahme des Bebauungsplans und die Abweisung der Einsprachen aus. Lassen Sie mich unsere Haltung kurz begründen.

Die geplante Tennishalle wird einem dringenden Bedürfnis gerecht. Die heutige Infrastruktur des TCOB mit neun Aussenplätzen und einer veralteten mit fossilen Brennstoffen betriebenen Ballonhalle reicht nicht mehr aus. Insbesondere im Winter kann der Tennis-Betrieb nur durch das Mieten externen Hallen ausserhalb Basels sichergestellt werden. Eine umständliche, ineffiziente, unökologische und finanziell belastende Situation für den Verein, der über 800 Mitglieder zählt, davon über 300 Kinder und Jugendliche. Der Neubau mit den neuen Hallenplätzen und die Verbesserung der Infrastruktur schafft hier Abhilfe.

Diese Tennishalle soll die erste ihrer Art in unserem Kanton werden. Es ist an der Zeit, diese Sportart, nämlich Tennis auch im Winter in unserer Stadt zu ermöglichen. Die geplante Tennishalle ersetzt die bestehende Ballonhalle, das wurde auch schon x-mal gesagt, und setzt auf innovative, nachhaltige Technologie. Die Fassade besteht aus nachwachsenden Rohstoffen, die Dachfläche wird begrünt und mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Damit integriert das Projekt ökologische und klimatische Aspekte, die für unsere Stadtentwicklung zentral sind. Gleichzeitig werden die umliegenden Grünflächen naturnah gestaltet und ökologisch aufgewertet, so dass auch Lebensräume für Flora und Fauna sogar entstehen. Diese Massnahmen entsprechen modernen Prinzipien wie der Schwammstadt und sind ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltige Stadtentwicklung.

Der TCOB verpflichtet sich, die neue Infrastruktur nicht nur für Vereinsmitgliedern, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bereits heute stehen die Plätze den Basler Sportklassen im Sommer kostenlos zur Verfügung, mit der neuen Halle wird dieses Angebot auch im Winter natürlich gelten. Zudem können künftig auch Nichtmitglieder Plätze mieten und das ist ein klares Bekenntnis zu einer inklusiven Sportinfrastruktur.

Der Planungsprozess der Tennishalle ist geprägt von intensiven Diskussionen und Anpassungen, um den Anliegen der Nachbarschaft gerecht zu werden. Das ursprüngliche Projekt wurde deutlich redimensioniert, auf Dachplätze wurde verzichtet, die Gebäudehöhe wurde reduziert und die gesamte Anlage wurde optimiert, um störende Immissionen wie Lärm und Licht zu minimieren. Diese Verbesserungen machen das Projekt quatertriväglich. Natürlich ist uns bewusst, dass durch den Bau der Tennishalle die nutzbare Sportrasenfläche reduziert wird. Es handelt sich jedoch um eine moderate Anpassung und die verbleibenden Flächen bieten weiterhin ausreichend Raum für verschiedene Sportarten wie Fussball.

Die sorgfältige Abwägung hat für uns ergeben, dass die Vorteile des Projektes überwiegen. Wir wollen den Jugend- und Breitensport fördern. Der Tennisclub Old Boys leistet einen wertvollen Beitrag zu Sport- und Bewegungsförderung. Die neue Tennishalle stärkt dieses Engagement und ermöglicht Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, auch bei schlechtem Wetter Sport zu treiben. Diese ist eine Investition in die Gesundheit, Integration und Lebensqualität unserer Bevölkerung.

Abschliessend möchte ich sagen, dass die geplante Tennishalle ein zukunftsorientiertes Projekt ist, das Sport, Nachhaltigkeit und öffentliche Interessen miteinander verbindet. Der TCOB übernimmt die Finanzierung der Tennishalle weitgehend selbst und die öffentliche Hand wird somit nicht belastet. Stattdessen profitieren wir von einer modernen Infrastruktur, die einen echten ökologischen und sozialen Mehrwert schafft. Die Forderung nach einer Gesamtplanung erscheint auf den ersten Blick



nachvollziehbar, ist aber in diesem konkreten Fall weder notwendig noch zielführend. Eine Verzögerung würde dem Tennisclub und dem Tennissport in Basel massiv schaden, ohne einen Mehrwert zu schaffen.

Deshalb bitte ich im Namen der Grünliberalen Fraktion, dem Antrag der BRK zuzustimmen und den Weg für den Bau der Tennishalle freizumachen. Und die Zwischenfrage nehme ich gerne entgegen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit geht die Zwischenfrage an Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Sie erwähnten die vorteilhaften ökologischen Aspekte. Sind Sie sicher, dass der Bau und Unterhalt der Halle ökologischer ist als der Ballon?

Bülent Pekerman (GLP): Ich würde sagen, in der Gesamtbetrachtung, ja.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Fraktionssprecher ist Stefan Wittlin für die SP.

Stefan Wittlin (SP): Am Bau dieser Tennishalle ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Wir anerkennen den Bedarf und den Nutzen des Projekts. Gleichzeitig kritisieren wir aber die Vorgehensweise des Bau- und Verkehrsdepartements bei dieser Planung. Und um diese Kritik zu verstehen, ist es eben wichtig, die Vorgeschichte zu kennen. Wir haben es gehört, die Baubewilligung war bereits erteilt. Die Baurekurskommission und das Appellationsgericht kamen dann aber zum Schluss, dass die nutzungsplanerische Grundlage nicht ausreiche und mit diesem Bebauungsplan wird diese rechtliche Grundlage nun geschaffen für den Neubau der Tennishalle.

Hier zeigt sich bereits, dass die Anwendung des Instruments des Bebauungsplans in diesem Fall ziemlich unüblich daherkommt. Normalerweise geht es bei Bebauungsplänen um die Entwicklung und Gestaltung ganzer Gevierte oder Areale. Hier geht es um ein einziges Gebäude und der Perimeter des Bebauungsplans erstreckt sich nur über einen kleinen Teil des ganzen Sportareals Schützenmatte. Und spätestens, wenn man bedenkt, dass das Areal als Standort für eine neue Sekundarschule in Frage kommt, ist klar, dass es eine Gesamtplanung über das ganze Areal braucht und diese wollen wir vom BVD einfordern. Deshalb möchte die SP-Fraktion den Ball an den Regierungsrat zurückspielen und folgt dem Rückweisungsantrag des GAB.

Wir fordern nicht eine Ausweitung des Perimeters des Bebauungsplans. Wir erachten es aber als zwingend nötig, dass im Sinne eines Masterplans Zukunftsszenarien entwickelt und die Bedürfnisse aller Nutzenden des Areals abgeholt werden und die Nutzungen, die sind vielfältig. Das Stadion und die Trainingsplätze für Leichtathletik und Fussball, polysportiv genutzte Rasenfläche, eine Sporthalle, Clubhäuser und Restaurants, eine Polizeiausbildungsstätte und ein Jugendzentrum sind heute auf dem Areal angesiedelt.

Wir erhoffen uns von einer Gesamtplanung eine höhere Akzeptanz für einzelne Vorhaben, wie jenes der Tennishalle, und wir wissen, dass es viele weitere Wünsche gibt. Seien es mehr öffentlich nutzbare Flächen oder ein neues Kunstrasenfeld, das dringend benötigt wird. Und wenn tatsächlich auf dem Areal eine Sekundarschule gebaut werden sollte, dann würden andere verdrängt. Im Nachhinein müsste man dann eingestehen, am Arealteil des Tennisclubs gibt es nichts mehr zu rütteln. Das Baurecht ist vergeben, der Bebauungsplan gilt, das Gebäude steht womöglich schon und dann haben wir nichts mehr dazu zu sagen, wie dieser Teil des öffentlichen Bodens genutzt wird. Das entspricht eben nicht unserer Vorstellung, wie wir über die Nutzung des öffentlichen Raums bestimmen wollen.

An dieser Stelle erlaube ich mir zwei Nebenbemerkungen. Diese Offenheit zum Thema der Standortevaluation des Schulhauses, also dass das BVD bereits im Ratschlag dargelegt hat, das rechne ich dem BVD wirklich hoch an. Das wäre ja nicht nötig gewesen, das hat aber wirklich geholfen, diese Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Areals fundiert zu führen und es hat auch dazu geführt, dass eben andere Sportvereine plötzlich alarmiert waren und in Frage gestellt haben, ob dieses Areal zukünftig noch für alle dann zur Verfügung stehe. Und selbstverständlich haben die anderen Sportvereine nicht das Vorhaben des Tennisclubs Old Boys in Frage gestellt, das ist sicher auch eine Frage der Solidarität, das habe ich auch gut verstanden, aber wenn dann schon mit diesem Ratschlag kommt, Achtung, hier hat es zu wenig Platz künftig für alle Nutzenden, dann sind auch wir in der Kommission sehr aufmerksam geworden auf dieses Thema.

Sicher nicht geholfen, und das ist meine zweite Nebenbemerkung zu diesem Thema, hat die Berichterstattung einer der beiden grossen Basler Tageszeitungen zu dieser Veröffentlichung dieser Information der Schulraumplanung. Diese Zeitung hat Fakten durcheinandergebracht und hat in ihrem Artikel von einer Infopanne gesprochen und zudem die BRK missverständlich zitiert. Da wünschte ich mir ein bisschen eine seriösere Arbeit.



Nun zurück zum eigentlichen Geschäft. Die von der BRK eingebrachte Ergänzung im Bebauungsplan, die begrüßen wir sehr. Indem im Bebauungsplan festgehalten wird, dass auch Nichtmitglieder Tennisplätze mieten können, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in der Bauzone auf der Schützenmatte eben nur Nutzungen im öffentlichen Interesse zulässig sind. Dennoch bleibt der Eindruck haften, dass die Halle nur von einem kleinen und privilegierten Teil der Bevölkerung genutzt werden wird und dies auf Kosten einer Fläche, die heute frei zugänglich und polysportiv nutzbar ist.

Diese Verbesserung, die löst eben das grundlegende Problem der Vorlage nicht, weshalb wir am Rückweisungsantrag festhalten. Falls dieser keine Mehrheit findet, wird sich die SP-Fraktion in der Schlussabstimmung enthalten. Das Vorhaben ohne Überarbeitungsauftrag einfach abzulehnen, das fänden wir nun doch etwas sehr streng und formalistisch und vor allem wäre es dem grossen Engagement, dass der Tennisclub Old Boys, der ja heute auch auf der Tribüne anwesend ist, nicht angemessen. Oder anders gesagt, sollte unser erster Aufschlag nicht im Feld landen, werden wir den zweiten Aufschlag etwas sanfter spielen und dem Tennisclub Old Boys damit die Chance bieten, den Matchball erfolgreich zu retournieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Der Tennisclub mit seinen rund 850 Mitgliedern blickt auf eine fast hundertjährige Geschichte zurück und ist im Quartier stark verankert. Die Förderung der Junioren hat beim Tennisclub eine sehr lange Tradition. Schon seit längerem strebt der Tennisclub auf dem Areal der Schützenmatte den Bau einer Tennishalle an und reichte dazu im Jahre 2016, also mittlerweile vor über acht Jahren, ein generelles Baugesuch ein.

Das Hallenprojekt bietet dem Tennisclub eine langfristige Perspektive, damit das Angebot für den Tennissport in moderatem Umfang ausgebaut, attraktiver gestaltet und damit den Tennissport auch im Winter betrieben werden kann. Ein weiterer positiver Aspekt ist, dass nach der Fertigstellung der Tennishalle auf die Ballonhalle, die bisher mit fossilen Brennstoffen beheizt wurde, verzichtet werden kann und damit ein positiver Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet wird. Zusätzlich wird das Flachdach der Halle begrünt und mit einer PV-Anlage ausgestattet.

Auf wesentliche Kritikpunkte aus der Nachbarschaft, die gegen die damaligen Baupublikation eingebracht wurden, hat der Tennisclub mit der Überarbeitung des Projekts reagiert. Das Bauprojekt wurde im Dachbereich angepasst und das Projekt redimensioniert. Zwar wird die Tennishalle auf einem Teil der Fläche errichtet, die heute polysportiv benutzt wird, dies wird jedoch durch die Zusage des Tennisclubs ausgeglichen, dass die Aussenflächen auch weiterhin für Kinder camps, Basler Sportklassen zur Verfügung stehen und zudem ist geplant, dass die Plätze auch weiterhin durch Nichtmitglieder gemietet werden können.

Die FDP-Fraktion begrüsst das Engagement des Tennisclubs im Sport und im speziellen die Förderung im Bereich des Jugendsports. Wir unterstützen den Bau der Halle ausdrücklich, auch weil es aktuell in Basel-Stadt inklusive Riehen und Bettingen zurzeit keinen einzigen Hallenplatz man gibt. Besonders hervorheben möchten wir an dieser Stelle, dass der Bau der 7,6 Millionen teuren Halle ausser durch die Unterstützung durch Swisslos ausschliesslich durch Sponsoren, Bankkredite und durch den Tennisclub selber finanziert wird. Es fliessen also keine Steuergelder.

Die FDP beantragt dem Grossen Rat, den nachfolgenden Grossratsbeschluss zur Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisungen von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General-Guisan-Strasse anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Wir bezeichnen uns als eine Sportstadt, zu Recht. In Sachen Spitzensport sind wir im kantonalen Vergleich schweizweit sehr erfolgreich und im Breitensport auch. Womit hängt das zusammen? Um sich von den Alltagsorgen zu erholen, brauchen wir Plattformen, um positive Emotionen zu erleben, wie zum Beispiel in Berg- und Seelandschaften. Da wir in unserer Region solche natürlichen Plattformen nicht haben, müssen wir sie künstlich kreieren, so etwa in der Kultur oder eben im Sport. So waren wir der erste Kanton, der sich ein Sportkonzept und später ein Sportgesetz gegeben hatte. Damit wir weiterhin in der Champions League mithalten können, müssen die Sportarten gefördert werden, die in unserem Kanton einen Leistungsausweis aufweisen.

Der Tennissport ist eine solche Sportart und deshalb förderungswürdig. Die Resultate von früher und heute sprechen für sich, die Anzahl Tennisspieler auch, nicht zuletzt auch die Swiss Indoors. Damit eine Sportart erfolgreich gedeihen kann, braucht es motivierte Athletinnen und Athleten sowie Funktionäre, Turnierorganisatoren, Trainer mit Visionen und eine gute Infrastruktur. Im Tennissport fehlt es in unserem Kanton leider an der notwendigen Infrastruktur. Insbesondere bei schlechter Witterung und im Winter kann nicht Tennis gespielt werden. Im Winter höchstens in unökologischen Ballonhallen. Der Tennisclub Old Boys hat deshalb vor Jahren die Initiative ergriffen, die Vision einer Tennishalle mit sechs Plätzen



umzusetzen, und zwar nicht wie im Ausland oder in gewissen Kantonen auf Staatskosten. Nein, der Verein bzw. seine Mitglieder und Sponsoren bzw. Mäzenen stemmen das Vorhaben mit eigenen Mitteln.

Nach vielen Rückschlägen und einer Redimensionierung des Projektes um einen Drittel auf vier Plätze liegt nun heute ein Bebauungsplan vor, hinter dem sowohl die Regierung als auch die BRK stehen. Im Ergebnis erhält der Tennisclub jedoch nur zwei zusätzliche Plätze, da die Tennishalle auf zwei bereits bestehenden Aussenplätzen erstellt wird. Hervorzuheben ist so dann, dass das Hallendach begrünt wird und wichtig, dass die Halle auch Nichtclubmitgliedern und Schulen offensteht. Das Argument, wonach den Freizeitsportlern eine Gratisrasenfläche weggenommen würde, sticht nicht. Dort, wo die Halle geplant ist, steht heute eine alte Geräte- und Umkleidebaracke mit Kieseldach und geteerter Umgebung und die wenigen grünen Quadratmeter sind überdies meistens gesperrt. Auch das Argument eines potenziellen Standortes von 2027 für eine Sekundarschule ist unbehelflich, zumal die Schule in frühestens 15 bis 20 Jahren und erst noch an einem anderen Standort als die Tennishalle zu stehen käme und diese könnte zudem auch von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden.

Aus all diesen Gründen spricht eine Interessensabwägung im vorliegenden Fall klar für den Bebauungsplan und die Tennishalle, notabene die erste in unserem Kanton. Wir Liberale folgen deshalb dem Antrag der Regierung und der BRK, den hier diskutierten Grossratsbeschluss anzunehmen. Alles andere käme einem Sperren ohne Ball gleich. Die Eigeninitiative und das Engagement des TC Old Boys müssen belohnt werden, wir sind schliesslich eine Sportstadt. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Letzter Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Bereits im Jahr 2016, also vor acht Jahren, reichte der Tennisclub Old Boys ein erstes Gesuch für den Bau einer Tennishalle ein. In dieser neuen Halle sollen vier Tennisplätze eingereicht werden, womit die Anzahl Plätze von neun auf elf erhöht wird. Der Regierungsrat und die BRK unterstützen den Bebauungsplan, welche die Erstellung der Tennishalle ermöglicht. Wichtig zu betonen ist, dass Old Boys die Tennishalle selber finanziert. Sie erhält lediglich einen Beitrag des Swisslos-Sportfonds. Wir bewilligen heute also nur den Bebauungsplan der Tennishalle, sprechen jedoch kein Geld für das Projekt.

Die Schützenmatte befindet sich in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse. Die Zweckbestimmung erlaubt dort grundsätzlich auch Sportnutzungen. Somit ist die Tennishalle zonenkonform. Nach mehreren Einsprachen wurde die Tennishalle in redimensionierter Form und unter Berücksichtigung der Hauptanliegen der Einsprechenden überarbeitet. So wurde auf die Tennisplätze auf dem Dach mit Ball-Fangnetz und Lichtmasten verzichtet und die Halle wird einen Meter weniger hoch gebaut. Somit wird es für die Anwohnenden weniger Sichteinschränkung und fast keine Lichtemissionen geben. Die Mitte-EVP-Fraktion erachtet das redimensionierte Projekt als quartierverträglich. Die Halle wurde übrigens auch durch die Stadtbildkommission beurteilt und genehmigt. Da zukünftig zwei der heute bestehenden Aussentennisplätze in die Halle integriert werden, dürften die Lärmbelastung und Lichtemissionen für die Nachbarschaft im Vergleich zu heute sogar reduziert werden.

Ein Einsprachepunkt war der Verlust der Grünfläche. Dazu wurde im Einspracheentscheid des BGI festgehalten, dass dieser durch eine naturnahe und strukturreiche Umgebungsbegrünung zu kompensieren sei. So wird die Dachfläche der Tennishalle begrünt und die Flächen um Tennisanlage ökologisch aufgewertet, womit neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere entstehen kann. Auch sonst ist dieses Projekt ökologisch sinnvoll, denn die Ballonhalle, welche der Tennisclub Old Boys für das Winterhalbjahr jeweils aufstellt, wird derzeit mit fossilen Brennstoffen geheizt. Die neue Halle wird mit klimafreundlichen Luftwasserwärmepumpen beheizt werden. Ausserdem wird auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert.

Der Tennisclub Old Boys hatte in seiner Anhörung erläutert, dass auch Nichtmitgliedern Zugang zu den Plätzen gewährt werden sollte. Dies stand auch bereits im Ratschlag und ist bereits heute der Fall. Um diesem Punkt mehr Gewicht und Verbindlichkeit zu geben, hat die BRK ihn in den Bebauungsplan geschrieben. Das bestehende durch den Bürger-Turnverein genutzte Gebäude für Garderoben muss beim Bau der Tennishalle weichen. Doch der Turnverein darf nach dem Bau die Garderoben der neuen Tennishalle mitbenutzen und erhält dort einen neuen Geräteraum.

Durch den Ratschlag erfuhren wir, dass das Schützenmatt-Areal als eines von 27 Standorten für die Erstellung eines neuen Sekundarschulstandorts evaluiert wird. Das Schulhaus würde bei der Hammerwurfanlage der Leichtathletiksektion von Old Boys auf der Seite General-Guisan-Strasse zu stehen kommen. Diese Idee gefällt mir gar nicht, denn die Schützenmatte ist ein wichtiger Standort für den Leichtathletik-Nachwuchs von Basel-Stadt und der ganzen Region. Dies soll auch so bleiben und deshalb muss aus unserer Sicht der Standort Schützenmatte für ein neues Schulhaus verworfen werden.

Den Rückweisungsantrag lehnen wir ab. Wir können uns nicht vorstellen, dass der Regierungsrat respektive das BVD bei einer Rückweisung innert nützlicher Frist wesentlich konkretere Aussagen zur Schulhausevaluation machen kann, denn diese scheint noch nicht sehr weit im Prozess zu sein. Im konkreten Fall der Schützenmatte wurde von der Verwaltung klar



darauf hingewiesen, dass sich der Bau der Tennishalle nicht mit dem allenfalls benötigten Flächenbedarf für ein neues Schulhaus überschneiden würde.

Tennis ist als Breitensport bei Erwachsenen wie Jugendlichen und Kindern beliebt. Der Tennisclub Old Boys hat 800 Mitglieder, die Mitgliederzahl ist wachsend, vor allem im Juniorenbereich. Auch spielen die Basler Sportklassen regelmässig auf den Tennisplätzen des Tennisclubs Old Boys. Die geplante Tennishalle wird ihnen allen und auch weiteren Interessierten zugutekommen. Heute gibt es übrigens im ganzen Kanton Basel-Stadt keine einzige Tennishalle.

Die Mitte-EVP-Fraktion bittet Sie deshalb, dem BRK-Bericht zuzustimmen und die Rückweisung abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Einzelvoten und zuerst bei Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, ich bin hier nicht ganz unbedarft. Ich bin seit Jahren Mitglied vom TC Old Boys, ich bin im Sommer mindestens ein bis zweimal auf dem Tennisplatz am Tennis spielen. Auf dieser Tennisanlage trifft man oft auch Grossratskolleginnen und -kollegen, Hampe Wessels ist oft auch da und auch in den letzten Wochen, Weibel und Vitelli geniessen offensichtlich auch die Küche von unserem Restaurant, welches öffentlich ist. Die ganze Tennisanlage hat oft auch Zuspruch von Besuchern. Es gibt oft Juniorenturniere und diese Anlage ist wie alle Sportanlagen gratis für alle Zuschauer. Als langjähriges Mitglied kann ich gewisse Sachen, die wir heute gehört haben, ein bisschen einordnen.

Ich beurteile diese Rückweisung auch etwas. Ich habe mich zwar erfreut, dass die SP gesagt hat, wenn die Rückweisung nicht erfolgt, dass sie das Projekt trotzdem unterstützen, das ist eigentlich sehr erfreulich, trotzdem sehe ich ein bisschen Scheinkampf hier. Wenn man jetzt ein Schulhaus, also die Kinder der Schule ausspielen will gegen die Kinder vom Tennisclub, dann finde ich das ein bisschen traurig. Wir haben es gehört, 300 Kinder spielen bei diesem Tennisclub. Durchaus Kinder mit Potenzial, einmal ein junger Roger Federer zu werden. Diese Kinder müssen bei schlechtem Wetter teils blitzartig ihre Sachen zusammenräumen und in eine Tennishalle in die Agglo gehen, das ist doch kein Zustand.

Die Halle, wir haben es gesehen, der Präsident war ja vor ein paar Wochen auch da, die ist beim Schnee fast eingestürzt. Also diese Halle hat the End of Life längst erreicht und es braucht dringend eine Lösung. Der Club versucht jetzt seit zehn Jahren bald diese Halle zu realisieren, langsam wird es eng. Die Zeit wird eng, auch die finanziellen Mittel werden langsam eng. Die Einsprachen wurden angeschaut, man kam sehr grosszügig entgegen, man dachte, man hätte eine Lösung und im letzten Moment sagten die, nein, wir wollen trotzdem nicht, wir machen weiter und wir gehen auch davon aus, dass gewisse Leute bis vor das Bundesgericht weitergehen wollen.

Alles in allem ein Trauerspiel für alle und darum würde ich sagen, setzen wir dieser Leidensgeschichte ein Ende, für die Kinder, für den Breitensport und für die ganze Stadt Basel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich werde nun nicht wiederholen, was bereits x-fach gesagt worden ist, sondern ich schildere meine Eindrücke als Anwohnerin. Ich wohne beim Hammerwurfelfeld, das heisst, genau in der Mitte ungefähr des Sportzentrums. Ich höre den ganzen Sommer hindurch die Speaker, die Scheinwerfer scheinen mir aufs Bett, das ist so, ich höre das Plop-Plop des Tennisclubs und wissen Sie was, ich habe meinen Spass daran. Das ist Leben. Ich freue mich jedes Mal, auch wenn wieder Musik läuft, da läuft etwas, da ist einfach Bewegung drin. Soweit zu den störenden Immissionen. Was ich auch nicht begreife, diese Tennishalle, dort, wo sie hinkommt, schützt ja gerade die Anwohnenden des St. Galler-Rings vor dem Lärm, der allenfalls vom Fussballstadion her oder vom Leichtathletikstadion herkommt. Also ich verstehe nicht, dass Sie dagegen sein können. Das ist das eine.

Dann der Ballon, also der ist nun wirklich auch nicht schön und da könnte man auch sagen, der stört mein ästhetisch geschultes Auge. Zudem muss er ersetzt werden, ist teuer. Wenn wir dieses Gebäude nicht bauen, dann muss der Tennisclub einen neuen Ballon dahin stellen mit fossilen Energien betrieben, teuer, wollen wir das? Nein, wollen wir nicht.

Dann wurde gesagt, an der fraglichen Stelle, das sei ein intensiv benutzter Platz, usw., stimmt überhaupt nicht, das ist eine tote Ecke. Ich habe es vorher schon angetönt, dort steht eine Baracke, es hat eine Drehtüre und irgendwie kommen da manchmal ein paar Jugendliche rein, suchen sich ein Goal, die sind in der Regel angekettet, können gar nicht benutzt werden. Wir hatten kürzlich eine Petition, die werden Sie dann noch vorgeführt erhalten irgendwann im Sommer. Kurzum, diese Ecke wird kaum benutzt. Wenn dort jetzt dieses Gebäude hinkommt, wird nur ein kleines Stück des Terrains abgetrennt für einen riesigen Gewinn für alle, auch für uns Anwohnende, ich spiele ja nicht Tennis. Die öffentliche Nutzung wird neu möglich sein. Wir haben es gehört, Schulsport, Unisport, also auch da eine Verbesserung auch zugunsten der Allgemeinheit.



Dann haben wir immer diese Hitzefrage. Der Ballon steht im Sommer nicht, die Leute müssen bei brütender Hitze auf dem Platz herumhetzen. Wenn ich zuweilen im Vongola sitze und ein Bierchen trinke, dann wundere ich mich, wie die das aushalten auf diesen Plätzen bei dieser Hitze. Ich denke, das ältere Semester wie ich, falls ich den Tennis spielen würde, dann auch die Halle benützen könnten, um nicht vom Hitzeschlag getroffen zu werden

Last but not least, ich wünsche mir von Ihnen wirklich, dass Sie das jetzt gutheissen, dass der Tennisclub jetzt dort bauen kann und ich denke, es wird auch für uns Anwohnende ein Gewinn sein und nicht eine weitere Belästigung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Es ist schon schön zu sehen, wie jetzt dieser Flecken Erde da so schlecht gemacht wird, aber Sie haben es angesprochen, die Goals, die nicht genutzt werden können, haben wir da in der Petitionskommission, ich verrate jetzt ein Geheimnis, aber der Bericht kommt bald, nicht gehört, dass es dafür eine Lösung geben soll und wenn es diese Lösung gibt, denken Sie nicht, dass dann diese Ecke sehr viel intensiver genutzt wird, weil es einem öffentlichen Interesse entspricht?

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nein, weil da steht ja noch eine Baracke und der neue Bau kommt ganz an den St. Galler-Ring hin. Also das Feld bleibt zum grössten Teil erhalten. Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Reihe an André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich oute mich auch als Tennisspieler, im Gegensatz zu Kollege Daniel Seiler beim TC Novartis, wir haben eine Tennishalle. Die Aussage, dass Basel keine einzige Tennishalle hat, stimmt trotzdem, weil unsere befindet sich ein paar Meter bereits auf dem Gebiet der Gemeinde Saint-Louis. Was mich aber motiviert hat, hier noch nach vorne zu gehen, obwohl eigentlich schon alles gesagt wurde, ist die Reaktion und die Aussagen der Gegner, die sie in Telebasel getätigt haben. Es ist immer so, dass wenn man in unserem engräumigen Kanton baut, irgendjemandem auf die Zehen tritt, irgendein anderes Interesse verletzt und der Sinn eines Bauverfahrens ist ja, dass man dann ein Kompromiss ausarbeitet, dass man eine Lösung findet, die für alle irgendwie stimmt oder die Unzufriedenheit zumindest gleichmässig verteilt.

Der Kompromiss ist also das Ziel eines solchen Bauverfahrens und die Gegner, die jetzt wirklich seit Jahrzehnten, kann man fast sagen, gegen dieses Anliegen opponieren, die haben da ganz klar und wörtlich erklärt, ihr Kompromiss ist keine Halle. Und das ist kein Kompromiss, das ist einfach sturer Fanatismus oder Durchsetzen der eigenen Interessen. So kann es meines Erachtens nicht gehen. Wir haben zwar in der Schweiz das System der fünften Landessprache, das ist die Einsprache, aber hier wird nun mal wirklich lokaler kompletter Fundamentalismus betrieben. Old Boys hat sich, wir haben es schon ein paar Mal gehört, Mühe gegeben, hier den Gegnern entgegenzukommen, Lösungen zu finden, die auch sie befriedigen könnten, mit denen man leben könnte, trotzdem gibt es zumindest einige dort, die nun einfach alles wollen respektive gar nichts, sie wollen einfach, dass sie in Ruhe gelassen werden von dieser Halle. Und dieses Recht meines Erachtens haben sie nicht.

Deswegen bitte ich Sie, hier nun diesem Kompromiss zuzustimmen und dem Sinn des Baurechts, nämlich eine Kompromisslösung zu finden, auch entgegenzukommen, in diesem Falle für ein Ja zu sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bin auch Tennisspieler, aber in keinem Club. Ich bin zu schlecht dafür und getraue mich nicht, Mitglied zu werden. Aber darum geht es gar nicht. Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört und ich muss ehrlicherweise immer noch sagen, ich verstehe die Rückweisungsanträge der linken Fraktionen wirklich überhaupt nicht. Wir müssen doch feststellen, und ich glaube, deshalb hat sich jetzt auch noch Alex Ebi als Sprecher eingetragen, wir haben in diesem Kanton eine Sportplatzkrise. Alle Interessen haben heute zu wenig Platz. Wir diskutieren und zerreden seit Jahren die Schwimmhallen, wir zerreden seit Jahren die Kunsteisbahnen. Wir haben, das hat mein Fraktionssprecher Messerli schon gesagt, dort überall zu wenig Möglichkeiten und haben Projekte, die nicht ins Laufen kommen.

Und jetzt mit dieser Rückweisung, Stefan Wittlin, lösen Sie doch genau dasselbe wieder aus. Ich nehme Ihnen ja sogar ab, dass Sie nicht gegen eine Tennishalle sind auf diesem Standort. Nur was ist denn der Fakt, wenn wir diese Rückweisung durchsetzen heute? Sie werden dieses Projekt über Jahre, wenn nicht vielleicht sogar Jahrzehnte wieder verzögern. Es gibt



wieder dann wahrscheinlich, wenn etwas Neues kommen wird, neue Einsprachen von Anwohnerinnen und Anwohnern. Es wird wieder komplizierter werden und der Tennisclub Old Boys hat das Bedürfnis, heute einen Entscheid zu bekommen, damit diese Halle endlich weitergeplant werden kann. Es wurde mehrfach erwähnt, dieses Projekt ist schon sehr alt, es wurde redimensioniert, es wurde auf Ansprüche anderer Kreise eingegangen und nun sollten wir doch endlich einmal zu einem Entscheid kommen.

Wir haben in Basel-Stadt, das muss man sich einmal vorstellen, das wurde auch schon gesagt, keine einzige Tennishalle und ich muss Ihnen ehrlicherweise sagen, die Tennishalleninfrastruktur in unserer Region ist ohnehin sehr schlecht. Gehen Sie einmal nach Allschwil, dort regnet es in diese grosse Tennishalle, die VITIS heisst, in der Zwischenzeit schon rein. Dort werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich weitere Plätze unbespielbar sein und viel mehr Möglichkeiten in der Region gibt es dann also nicht. Und wenn wir doch immer wieder uns gross auf die Fahne schreiben wollen, dass wir eine Sportstadt sind, dann finde ich es schon sehr beachtlich, dass wir bei jedem Projekt, das auch für den Breitensport ist und Tennis ist in der Zwischenzeit auch eine Breitensportart, es eben nicht schaffen, Projekte zu realisieren. Ich finde das ehrlich gesagt für Basel etwas «geschämig».

Und heute haben wir die Möglichkeit, mit einem Ja zu diesem Projekt, diesem Bebauungsplan endlich einen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Und diese Halle, dieser Tennisclub leistet auch im öffentlichen Interesse eine wichtige Funktion. Sie bietet J+S Kurse an, junge Menschen können dort Tennis spielen gehen. Das muss also auch all jenen, die jetzt vielleicht etwas die Nase rümpfen, weil dahinter ein Tennisclub steht, der vielleicht nicht für Sie als erstes gerade zugänglich erscheint, wenn Sie aus dem ganz linken Ecken kommen, wobei ich habe gehört von Daniel Seiler, dass das ja auch in linken Kreisen sehr beliebt zu sein scheint. Es ist auch für die Jugend wichtig, dass wir diese Möglichkeiten haben. Wo sollen denn all diese jungen Menschen Tennis spielen gehen? Auch im Fussball-Bereich sehen wir es. Wir haben eine grosse Warteliste bei fast allen Vereinen, weil auch dort zu wenig Plätze zur Verfügung stehen und gerade wenn es schlechtes Wetter ist, eben zu wenig Plätze zur Verfügung stehen, sowohl beim Fussball wie ganz bestimmt eben auch beim Tennis.

Deshalb glaube ich, ist es mehr als recht, dass wir jetzt heute diese Tennishalle «bewilligen» respektive es ermöglichen, dass dieses Projekt nun endlich realisiert werden kann. Ich finde das wirklich ein Trauerspiel, wenn wir jetzt mit einer Rückweisung hier weiter verzögern. Andere Interessen, die es auch gibt in diesem Quartier, ich wohne im 4054, gehören selbstverständlich berücksichtigt, aber lassen Sie uns jetzt hier einen Schritt vorwärtsgehen und schauen wir nachher gemeinsam, dass wir für die anderen Fragen, die sich für dieses Quartier, das wächst, stellt, auch eine Lösung finden. Aber eine Rückweisung wird dieses Problem, Stefan Wittlin, nicht lösen und es wird im Gegenteil zu einer langen Verzögerung kommen und das, glaube ich, ist in wirklich fast niemandem Interesse.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Stefan Wittlin möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Joël Thüring, wir sehen ja auch ein, dass es nicht optimal ist, dass jetzt nach zehn Jahren Planungszeit ein weiteres Problem auftaucht. Aber wie erklären Sie, falls dann das Schulhaus tatsächlich da gebaut werden soll dereinst, dem Leichtathletikclub Old Boys, dass sie vielleicht weichen müssen und dass man an den Tennisplätzen nichts mehr ändern kann?

Joël Thüring (SVP): Ja, Sie sprechen natürlich ein valides Argument an, aber ich sage, wir können es uns nicht immer leisten, mit diesem Argument auf alles zu verzichten, was sich schon sehr lange in der Planung befindet. Dafür muss und soll dann, wenn es so weit ist, eine andere Lösung gefunden werden und ich bin überzeugt, dass wir hier auch eine andere Lösung finden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bereit steht der nächste Einzelsprecher Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Schön sind alle hier. Ich habe viel zugehört heute, auch wieder, wenn es um den Sport geht, da gehen ja immer die Emotionen hoch. Ich weiss jeweils gar nicht, warum die Emotionen immer so hochgehen, weil wir alle wissen, dass der Sport etwas ganz Wichtiges ist für eine Gesellschaft. Jetzt werden noch Schulhäuser gegen Sportanlagen und Vereine gegeneinander ausgespielt, das scheint mir dann doch ganz weit hergeholt. Und wenn halt dann ein Schulhaus wieder irgendwo gebaut werden muss, dann wird es halt wieder irgendwo gebaut.

Jetzt reden wir aber vom Tennis. Seit neun Jahren geht jetzt das los, seit 2025 Jahren vermisse ich eine Tennishalle im Kanton Basel-Stadt. Ich war im Schänzli, das gibt es unterdessen auch nicht mehr, und das fokussiert sich immer mehr auf wenige Vereine, die noch hierbleiben. Und jetzt haben wir hier einen Verein mit den Old Boys, der selber in die Tasche greift,



selber diesem Missstand von dieser fehlenden Tennishalle Herr werden will und selber Geld auftreibt. Und was machen wir? Wir finden da wieder irgendeine Idee, um das wieder irgendwo noch einmal hinauszuzögern und noch einmal zurückzuschieben. Das ist äusserst bedauerlich mit eigenartigen Argumenten und ich will es wirklich nicht länger machen, es wurde alles schon gesagt, nicht von mir, darum reduziere ich mich da auf das Wesentliche.

Wie können wir, wenn wir doch alle immer wieder da vorne stehen und wissen, dass wir zu wenig Sportanlagen haben, jede Gelegenheit nutzen, um wieder irgendwo einen Winkel zurückzumachen, um das hinauszuzögern. Das finde ich mehr als bedauerlich und es hat einen unglaublichen Wiederholungscharakter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die sicher schwierige Zwischenfrage von David Jenny an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sehr einfach, auch für einen Sportler. Sie haben gesagt, wir finden immer neue Argumente, wollten Sie nicht sagen, die Linken finden immer neue Argumente?

Alex Ebi (LDP): Da haben Sie recht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben noch einen Einzelsprecher eingetragen, es ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Eine spannende Debatte muss ich mal sagen, viele Leute hier, tolle Redner, das finde ich sehr selten und darum, weil es mich persönlich betrifft, möchte ich auch sprechen. Ich habe eine Vorrednerin gehört, sie hat gesagt, sie wohnt dort, sie hört den Sport. Ich bin für die Tennishalle und stimme mit der SVP. Als Ein-Thema-Partei beschäftigt mich normalerweise das Geschäft nicht, weil das nicht mein Thema ist, weil ich nur ein Thema habe und mit diesem Thema hier im Grossen Rat bin. Trotzdem spreche ich, warum? Ich bin Old Boys sehr dankbar. Ich kenne die Geschichte zur Tennishalle, weil als ich 16 Jahre jung war, war ich Fussballer bei Old Boys. Ich wollte Fussballer werden, aber es gab bessere Spieler bei Old Boys und ich wurde dann halt Grossrat. Diese Geschichte Old Boys schreibe ich auch in meinem Buch; Jüngster Abgeordneter Europas.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, legen Sie das weg, sprechen Sie zur Sache oder verlassen Sie das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einfach meinen Dank zurückgeben, jetzt auch in der Weihnachtszeit, 2. Advent. Ich wollte einfach danke sagen den Old Boys und gestatten Sie, dass ich einen Satz noch zitiere aus meinem Buch?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nein. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Regierungsrätin Esther Keller nochmals das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, ich möchte vor allem nochmal auf diesen Zusammenhang zwischen Sekundarschulstandort und Tennishalle eingehen. Es ist wirklich so, dass diese Erkenntnis sehr spät kam. Bei der Erarbeitung war das noch nicht klar, dass das ein potenzieller Schulstandort sein könnte und erst wirklich in den letzten Zügen auch schon bei der Regierungsberatung wurde uns klar, Achtung, da gibt es eine Standortevaluation und möglicherweise ist das ein potenzieller Schulstandort. Und es ist so, wie Herr Wittlin auch gesagt hat, wir haben dann aus Transparenzgründen uns entschieden, das reinzunehmen, weil wir wussten, wenn das dann während der Beratung irgendwann bekannt werden würde, das würde logischerweise für Ärger sorgen. Aber es ist mir wirklich nochmal wichtig festzuhalten, es handelt sich nicht um dieselbe Fläche, es ist nebendran und wenn eine potenzielle künftige Sekundarschule dann Auswirkungen hätte auf diese Sportflächen, dann müssen wir diese lösen.

Und das zweite ist wirklich die ganz unterschiedliche Zeitschiene. Ich sage Ihnen, wenn wir bei allen Standorten, wo möglicherweise nebendran irgendwann mal noch was geplant wird, aufhören etwas zu realisieren, dann wird es sehr schwierig. Die Sekundarschule, das ist dort einer von möglichen Standorten, ein anderer möglicher Standort ist beispielsweise der Erlenmatt-Platz. Es gibt viele Fragezeichen, ob diese Sekundarschule bei der Schützenmatte wirklich realistisch ist und die Planung dort würde sich über Jahre hinziehen.



Deshalb, glaube ich, macht es nicht Sinn, jetzt dieses Projekt, das sehr weit fortgeschritten ist, zu stoppen. Man kann auch dann diese Tennishalle in einen übergeordneten Masterplan, wenn Sie das wünschen, natürlich integrieren, aber hier dieses Projekt, das wirklich dem Sport dient, vielen Menschen zugutekommt und eben auch auf starkem zivilgesellschaftlichem Engagement ruht, das auch den Staat entlastet, weil hier eben Sportflächen auch für die Allgemeinheit geschaffen würden, wir fänden es falsch, diesen Ratschlag hier zurückzuweisen, dies auf sehr lange Zeit. Wir bitten Sie deshalb um Unterstützung für diesen Bebauungsplan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat nochmals der Sprecher der Kommission, Präsident Michael Hug das Wort.

Michael Hug (LDP): Nach mehreren hart umkämpften Sätzen möchte die Mehrheit der BRK nun den Matchball verwerten und den Bebauungsplan genehmigen. Der Tennisclub Old Boys hat nach mehreren Rückschlägen den Schläger immer wieder in die Hände genommen und neue planungsrechtliche Anforderungen umgesetzt sowie das Projekt im Sinne der Quartierverträglichkeit redimensioniert. Auch einer öffentlichen Nutzung gegenüber hat sich der TCOB nicht verwehrt. Dies zeigt, wie sorgfältig das Projekt immer wieder den Rahmenbedingungen angepasst wurde. Die vielen nun geäusserten Bedenken hat die Kommission innerhalb der Beratungen mit den Planungsbehörden, dem TCOB und den Rekurrenten vertieft angeschaut und in ihrem Bericht gewürdigt. An dieser Stelle möchte ich noch die Vertreterinnen und Vertreter des Tennisclub Old Boys und die Rekurrenten auf der Tribüne begrüssen und danke für die Bereitschaft zur Anhörung während der Beratungen.

Wir müssen aus Sichtweise der BRK weiterhin fähig sein, Gebäude und Infrastrukturen bauen zu können. Darum bitte ich Sie im Namen der BRK-Mehrheit, die Rahmenbedingungen nun so zu setzen, damit die einzige oder fast einzige Tennishalle auf Kantonsgebiet errichtet werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung hingegen wurde beantragt von Lea Wirz, und zwar Rückweisung an den Regierungsrat. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 49 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005159, 11.12.24 10:58:42]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Bericht wird nicht zurückgewiesen. Es liegen 49 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen vor.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Bebauungsplan
2. In Ergänzung/Abweichung Zonenvorschriften
 - a. Zugänglichkeit Tennisanlage
 - b. Freiluft-Tennisanlage
 - c. Baubereich B
 - d. Flächen um die Tennisanlage



3. Abweichungen vom Bebauungsplan

II. Abweisung der Einsprachen

III. Publikation und Rechtsmittelbelehrung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 5 Nein, 31 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005161, 11.12.24 11:00:02]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Festsetzung eines Bebauungsplans

1. Der Bebauungsplan Nr. 14'413 von Städtebau & Architektur vom 16. Mai 2023 wird verbindlich erklärt.

2. In Ergänzung/Abweichung zu den gültigen Zonenvorschriften der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse gelten die folgenden Vorschriften des Bebauungsplans:

a. Die Tennisanlage im Sportzentrum Schützenmatte, bestehend aus den Baubereichen A und B, ist zur sportlichen Betätigung im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten allgemein für eine breite Öffentlichkeit zugänglich. Insbesondere können auch Nichtmitglieder Tennisplätze mieten.

b. Im Baubereich A ist eine Freiluft-Tennisanlage mit den dazu notwendigen und üblichen Infrastrukturen und Nebennutzungen erlaubt.

c. Im Baubereich B ist ein Gebäude von hoher architektonischer Qualität mit einer maximalen Grundfläche von 3'050 m² erlaubt. Die Wandhöhe darf die Höhenkote von 285.50 m ü. M. nicht überschreiten. Die Bruttogeschossfläche und die Anzahl Geschosse sind frei. Dachgeschosse sind nicht zulässig. Die Dachfläche ist arten- und strukturreich zu begrünen. Zwingend notwendige technische Anlagen sind zweckmässig in die Begrünung zu integrieren. Die Photovoltaik muss aufgeständert erstellt werden. Mittels eines Energiekonzepts ist aufzuzeigen, wie die Energieversorgung CO₂-neutral erfolgt und wie die indirekten Treibhausgasemissionen im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten Richtung Netto-Null reduziert werden.

d. Die Flächen um die Tennisanlage innerhalb des Planungsperrimeters sind als Kompensation für die verlorengelassene Sportrasenfläche und im Sinne des ökologischen Ausgleichs naturnah und strukturreich zu gestalten und zu bepflanzen sowie für die Regenwasserbewirtschaftung nach dem Schwammstadtprinzip zu nutzen.

3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

II. Abweisung der Einsprachen

Die im Ratschlag Nr. 24.0185.01 im Kapitel 5 aufgeführten Einsprachen werden abgewiesen, soweit darauf eingetreten werden kann.

III. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Den Einsprecherinnen und Einsprechern ist dieser Beschluss zusammen mit dem zugrundeliegenden Ratschlag und dem dazu ergangenen Bericht der Bau- und Raumplanungskommission als Einspracheentscheid persönlich zuzustellen. Die Zustellung erfolgt nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist oder, im Falle eines Referendums, nach der Annahme



dieses Beschlusses in der Volksabstimmung. Wird der Beschluss in der Volksabstimmung abgelehnt, so ist den Einsprecherinnen und Einsprechern eine persönliche Mitteilung zuzustellen, dass ihre Einsprache obsolet geworden ist.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt angerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.

Hinweis:

Pläne und Berichte zu diesem Beschluss sind unter folgendem Link einsehbar:

<https://grosserrat.bs.ch/ratsbetrieb/geschaefte/200113112>

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 59 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 31 Enthaltungen.

6. Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes im Hinblick auf die Übernahme des Winterdienstes auf Trottoirs durch die öffentliche Hand sowie betreffend Ausgabenbewilligung für die Beschaffung von Winterdienstaggregaten (Pflüge und Salzstreuer) und die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs der Stadt Basel durch die öffentliche Hand, Bericht der UVEK

[11.12.24 11:00:08, 23.1770.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das wird uns erläutert von deren Präsidenten Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich gehe davon aus, dass das Anliegen bekannt ist, handelt es sich ja um eine Motion des Grossen Rates. Im Rahmen dieser Motion wurden ja mehrere Diskussionen bereits geführt. Es liegt nun ein Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats vor, den wir in der Kommission geprüft haben und uns eine Haltung dazu erarbeitet haben. Es geht um einerseits eine Gesetzesanpassung und auf der anderen Seite um Ausgaben im Zusammenhang mit Mehraufwand.

Zunächst möchte ich noch auf eine Begrifflichkeit eingehen. Im Gesetz wird ja sehr Wert daraufgelegt, eine Trennung zwischen Kanton und Gemeinde zu machen. Das ist der Gemeindeautonomie geschuldet, die auch in unserem Kanton gilt. Die Einwohnergemeinde Basel gibt aber einen guten Teil ihrer Aufgaben an den Kanton ab und das heisst nun in diesem Fall, dass auch wenn im Gesetz vom Kanton die Rede ist, dass am Ende dann eben die Trottoirs sowohl bei den Kantons- wie auch bei den Gemeindestrassen in der Gemeinde Basel gemeint sind. Das vorweg.

Nun noch zu den Punkten, die wir in der UVEK angeschaut haben. Es sind vor allem dann die Frage, wie hoch die Kosten anfallen und warum. Die Kosten sind proportional abhängig zu den Qualitätsstandards, die man sich mit diesem Winterdienst, der nun neu durch den Kanton erfolgen soll, erhofft. Vom Regierungsrat vorgeschlagen sind folgende Eckwerte, nämlich dass fünf Stunden nach einem Winterereignis die Schnee- bzw. Eisträumung durchgeführt ist. Wenn das Ereignis in der Nacht stattfindet, dass dann der Beginn der Arbeiten um 7 Uhr am Morgen anfängt und dass in diesen Fällen ein Streifen von einem Meter auf dem Trottoir schwarz geräumt wird. Diese Qualität wäre gewährleistet für drei aufeinanderfolgende Tage. Vorbehalten bleiben natürlich aussergewöhnliche Ereignisse wie ein extrem hoher Schneefall oder andere Ereignisse, die über die üblichen Erfahrungen der letzten Jahre hinausgehen.

Die ganzen Schätzungen zu den Kosten basieren genau auf den Erfahrungswerten der letzten fünf Jahre. Es wurde also geschaut, wie oft im Winter in unserem Kanton überhaupt und wie lange und in welchem Umfang, also wie viele Zentimeter konkret Schnee liegen oder es zu Eistagen kommt. Basierend auf diesen Auswertungen wurden dann die Kosten geschätzt. Die Kosten teilen sich auf auf einerseits 1,2 Millionen Franken für 20 neue Aggregate, das sind Ausgaben und dann hat man



diese Aggregate, und dann gibt es jährlich wiederkehrende Kosten und die werden nun basierend auf den Erfahrungswerten auf rund 750'000 Franken pro Jahr geschätzt, wovon gut 300'000 Franken Bereithaltungskosten sind. Diese Kosten würden in jedem Fall anfallen, unabhängig davon, wie viel Schnee oder Eis wir dann pro Winter antreffen werden.

Wir haben das in der UVEK diskutiert. Es ist natürlich so, der Anteil der quasi ohnehin Kosten bei den jährlich wiederkehrenden Kosten, der ist sehr hoch. Das ist dem Umstand geschuldet, dass man nicht weiss, in welcher Form, also in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt dann so ein Winterereignis stattfinden wird. Das wurde von gewissen Leuten in der UVEK als nachteilig angeschaut und auch darauf hingewiesen, dass man sich die Frage wirklich stellen muss, soll das vom Tiefbauamt des Kantons Basel-Stadt ausgeführt werden. Es handelt sich aber um einen Auftrag des Grossen Rates und es ist so, dass wenn man das möchte, dann kommt man nicht um diese Kosten herum. Die sind Teil der Ausgaben, damit diese Leute, die dann innerhalb von fünf Stunden den Schnee räumen müssen oder das Eis beseitigen müssen, dass die dann zur gegebenen Zeit anfangen können.

Insgesamt, wie das ja unserem Bericht zu entnehmen ist, haben wir dann als UVEK gefunden, wenn man das möchte, dann sind diese Kosten gerechtfertigt und nachvollziehbar im Hinblick auf diese Qualitätsstandards, die man anstrebt. Möchte man bei den Kosten etwas senken, dann müsste man auch bei den Qualitätsstandards Abstriche machen, aber egal, wie tief man bei diesen Qualitätsstandards gehen wird, es wird immer diese Komponente geben, dass man einfach eine Bereitschaft brauchen wird und entsprechend gibt es immer Kosten, die anfallen, unabhängig davon, was dann wirklich passiert, ob es Schnee oder Eis gibt. Zum Schluss noch ein Punkt, den wir auch angeschaut haben. Was passiert bei Unfällen, wie sieht die Haftungsfrage aus und es ist so, dass in jedem Fall der Eigner, also der Kanton haftet, wenn Mängel an der Infrastruktur bestehen und ein Mangel kann eben auch sein, dass Eis oder Schnee auf dem Trottoir ist.

Insgesamt war die Diskussion in der UVEK so, es gab natürlich diese Grundsatzdiskussion, die ist wieder aufgekommen, wie das damals auch im Grossen Rat war. Der Vorschlag des Regierungsrates ist in sich für die UVEK stimmig. Wenn man diese Qualitätsstandards anstrebt, dann fallen diese Kosten als Konsequenz an, im Wissen darum, dass ein Teil davon diese Bereithaltungskosten sind, die jeden Winter anfallen werden, unabhängig davon, was in Sachen Schnee und Eis anfallen wird.

Insgesamt war die UVEK dann am Ende für diese Ausgaben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Regierung beantragt hier Geld und eine Gesetzesänderung, damit wir künftig die Trottoirs räumen können durch den Staat. Die Regierung bittet hier um Zustimmung, damit wir die Ausschreibung starten können, einerseits für die Geräte, aber eben auch für die Dienstleistung. Denn man muss sich ganz klar sein, intern können wir das nicht leisten, bei einem Schneeereignis wie vor zwei Wochen sind alle Mann und alle Frau auf Platz, arbeiten schon, alle Maschinen sind im Einsatz, also wir laufen da sowieso am Anschlag und können auch nicht immer alle Wünsche an die Räumung, die wir gerne hätten, schon heute erfüllen. Über hundert Personen waren im Einsatz bei diesem Schneeereignis vor zwei Wochen und dennoch bleibt an vielen Stellen der Schnee länger liegen, als dass wir uns das wünschen würden.

Jetzt muss man das kurz übertragen auf die Trottoirs. Heute räumen Private diese Trottoirs. Ich mag mich erinnern, beim Schneeereignis stand ich nachts um 11 auf der Strasse und habe mein Trottoir geräumt und meine Mitbewohnerin morgens um 8 Uhr. Das werden wir mit dem Staat nicht leisten können in dieser Frequenz und ich glaube, man muss sich klar sein, dass einige der Trottoirs künftig weniger gut geräumt sein werden, als sie es heute sind, wenn es viele Private vor der eigenen Haustüre machen.

Ich möchte da deshalb auch etwas Expectation-Management, wenn man das so Neudeutsch formulieren darf, machen. Sie sehen das im Vorschlag der Regierung, tagsüber würden wir die Trottoirs sicherstellen, dass sie fünf Stunden nach Ende des Schneeereignisses, also wenn der Schneefall fertig ist, fünf Stunden danach möchten wir sicherstellen, dass alle Trottoirs geräumt sind. Nochmals, wenn Private es tun vor der eigenen Haustüre, wäre das möglicherweise schneller und wenn es nachts ist, dieses Schneeereignis, dann machen wir die Räumung ab 7 Uhr morgens. Natürlich wäre früher möglich und noch schneller möglich, aber das würde bedeuten, dass wir noch mehr Maschinen und noch mehr Leute auf Pikett hätten und die Kosten dann deutlich steigen würden und das halten wir als Regierung wirklich für unverhältnismässig gemessen daran, dass es doch immer weniger Schneeereignisse sind, für die wir uns auch bereit machen müssen.

Ich danke der Kommission für die Auseinandersetzung mit diesem Geschäft, auch für die Beratung und die rasche Beratung, damit wir nach voraussichtlicher Zustimmung durch das Parlament hier in die Ausschreibung gehen können und das ab nächstem Jahr umsetzen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset hat eine Zwischenfrage, möchten Sie sie beantworten? Sie wird angenommen.



André Auderset (LDP): Esther Keller, was ich jetzt vermisse in den Ausführungen, sowohl bei Ihnen wie auch bei der Kommission, ist, ob man die Frage abgeklärt hat, muss man solche Geräte, solche grossen Maschinen, die dann mehrheitlich rumstehen, wirklich kaufen oder könnte man die nicht auch zumieten im Bedarfsfall?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Frage nach Make-or-Buy, die stellen wir uns immer bei solchen Dingen. Es sind häufig gar nicht neue Geräte, sondern einfach Aggregate, also Bestandteile, die man vorne auf die Maschinen drauf macht. Wenn Buy günstiger ist, werden wir das machen und nicht intern lösen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: André Auderset darf gleich wieder sprechen, er spricht für die LDP.

André Auderset (LDP): Ich habe mit etwas Erstaunen den Ausführungen des Kommissionspräsidenten entnommen, dass Teile der Kommission die Unberechenbarkeit des Wintereinbruchs als nachteilig erachten, vor allem die Organisatoren von Skirennen.

Wir haben uns in der Kommission nach einigen Diskussionen dazu entschieden, für diese Vorlage zu sein, das vor allem aus einem Grund. Wir reden ja hier nicht darüber, ob man diese Schneeräumung auf den Trottoirs durch den Staat machen soll oder nicht, darüber haben wir schon beschlossen. Kollege Jérôme Thiriet hatte da mit einer Motion Erfolg. Nun geht es nur noch um das wie und es ist einigermassen mühsam, dass wir erst jetzt über das wie reden. Es ist wirklich schon einige Zeit her, Jérôme Thiriet wird das wahrscheinlich noch mehr ausdeutschen, seit diese Motion durch ist, nun können wir aber endlich mal loslegen. Den ersten kräftigen Schnee haben wir ja schon verpasst, wäre schön gewesen, wenn es da schon geklappt hätte.

Sie haben es vorher in einer Zwischenfrage gehört, eigentlich haben wir uns wirklich gefragt, muss das Ganze denn so teuer sein. Wenn immer der Staat das macht, wird es viel teurer, aber hier ist wirklich jetzt gerade auch mit dem Kauf von Geräten ein Teil der Antwort jetzt geliefert, ist es wirklich sehr teuer. Wir hatten manchmal etwas den Verdacht in der Fraktion, dass man das so teuer und kompliziert ausgestaltet hat, weil man es eigentlich gar nicht will. Das wäre dann also der falsche Weg. Und wir haben uns im Moment eine Rückweisung überlegt, uns dann aber entschieden, nein, es soll jetzt nun mal endlich losgehen, das soll nämlich getan werden und darum sagen wir, bitte, vorwärts, marsch und vielleicht überlegt man sich doch noch im zuständigen Departement, ob es nicht doch etwas günstiger ginge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Das Grün-Alternative Bündnis unterstützt den Antrag der Regierung und der UVEK. In unseren Augen «verhebt» dieser Vorschlag, gerne möchten wir zwei Punkte für die Umsetzung noch mitgeben.

Zum ersten Punkt; die stehenden Bereithaltungskosten wirken auf uns ziemlich hoch. Die Schätzung, auf die sich diese Kostenanträge berufen, die wurde von einer Firma gemacht. Der Auftrag soll ja im Nachhinein ausgeschrieben werden, wir erhoffen uns durch diese Ausschreibung eine Kostensenkung.

Zum zweiten Punkt; das Salz streuen, um gegen Eisbildung vorzuwirken, ist insgesamt nicht so gut für die Umwelt, vor allem nicht für die umliegenden Bäume und Grünräume. Wir denken jedoch, dass insgesamt die Umweltbelastung sinkt durch eine Ausübung durch den Staat, weil Private oft sehr viel mehr Salz streuen, als eigentlich notwendig ist und wir wünschen uns natürlich eine möglichst umweltschonende Umsetzung des Salzstreuens, falls das notwendig ist.

Noch ein Blick in die Zukunft. Die Klimakrise bewirkt, dass wir im Schnitt weniger häufig und weniger stark Schneeereignisse haben werden. Klar ist aber auch, wenn es schneit, dann braucht es eine Räumung, weil es dient der Sicherheit vor allem des Fussverkehrs auf den Trottoirs. Schneefälle werden jedoch sozusagen ausserordentlich, auch das Schneeereignis, das wir erst kürzlich hatten, war etwas Ausserordentliches und diese Tatsache wird zunehmen. Wir möchten daher als Fraktion die Idee noch einbringen, dass künftig auch der Zivilschutz bei solchen ausserordentlichen Ereignissen die Schneeräumung machen könnte.

Alles in allem werden wir dem Antrag zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.



Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion wird der Teilrevision nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dass der geforderte Winterdienst durch die öffentliche Hand ein ungünstiges Kosten-Nutzenverhältnis aufzeigt und auch dem Klimaschutz entgegenläuft. Zur weiteren Argumentation, die jährlichen Kosten von 750'000 Franken sowie die Initialkosten in Höhe von 1,2 Millionen Franken sind viel zu hoch und aus wirtschaftlicher Sicht fragwürdig. Es wurde gesagt, aufgrund der Klimaveränderung ist mit einer weiteren Abnahme der Schneefälle in Basel zu rechnen. In Anbetracht dieser aktuellen Situation ist es sicher nicht sinnvoll, hohe Ausgaben für eine Infrastruktur und Organisation zu tätigen.

Im Gegensatz zu einer Räumung durch Private lässt sich auch eine nur annähernd ähnliche Leistung durch die öffentliche Hand nur unter Einsatz von Maschinen bewerkstelligen. Zudem, und das empfindet die FDP-Fraktion als besonders stossend, dass einmal mehr die Privatwirtschaft durch die öffentliche Hand konkurrenziert wird. Eine Vielzahl der Schneeräumungen wird bereits durch private Firmen wie Hauswartungen, Gärtnereien, usw. erledigt. Die benötigte Infrastruktur ist dort bereits vorhanden. Ebenso enthalten Vorhaltekosten, wir haben es vorher gerade gehört, wenn man das zumieten will später mal, dann muss für die Reservation dieser Geräte auch Geld bezahlt werden. Gerade bei Schlechtwetter ist die Schneeräumung für private Firmen, die sonst ihre Arbeit einstellen müssen, ein willkommener Arbeitseinsatz.

Die FDP-Fraktion lehnt den Grossratsbeschluss betreffend Teilrevision des Bau- und Planungsgesetzes ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Es sind sich, denke ich, alle einig, dass die heutige Lösung zu keinen guten Ergebnissen führt. Es braucht nur eine Liegenschaft, vor der der Schnee nicht geräumt wird, damit ein Trottoir gefährlich wird. Für mobilitätseingeschränkte Personen oder Menschen mit Kinderwagen unter Umständen sogar unpassierbar. Das ist schnell passiert. Liegenschaftsbesitzende sind vielleicht gerade abwesend oder aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht mehr in der Lage, das Trottoir zu räumen. Was oft vergessen geht, heute kann man als Liegenschaftsbesitzer oder Liegenschaftsbesitzerin durchaus haftbar gemacht werden, wenn jemand aufgrund mangelnder Schneeräumung vor dem eigenen Haus verunfallt. Der Kanton ist zwar, wie vorher korrekt gesagt wurde, Eigner und damit haftbar, kann aber allenfalls Rückgriff auf die für die Räumung zuständigen Personen nehmen.

Starke Schneeereignisse gibt es in Basel zwar selten und sie werden in Zukunft wohl nur noch seltener, trotzdem können die Auswirkungen einschneidend sein, wie wir es gerade erst wieder erlebt haben. Die Anschaffung der benötigten Maschinen und die Bereitstellung und gegebenenfalls dann Ausführung des Winterdienstes verursacht Kosten, das ist klar. Die Grünliberale Fraktion ist aber der Meinung, dass es uns dieses Geld wert sein sollte, dass mobilitätseingeschränkte Personen sich auch bei Schnee noch selbstständig bewegen können, dass die Unfallgefahr für alle reduziert wird und dass man mit einem Kinderwagen vorankommt und dass Liegenschaftsbesitzer*innen keine kostspieligen Schadensersatzforderungen befürchten müssen.

Wir werden deshalb für die Annahme des Beschlusses stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Felix Wehrli an? Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Lukas Bollack, ist Ihnen aber bewusst, dass das Räumen der Trottoirs in Zukunft dann schlechter werden wird?

Lukas Bollack (GLP): Ich denke, es könnte ein bisschen langsamer vorwärtsgehen, aber dafür dann auch flächendeckend und eben nicht mit solchen Lücken, wie es sie heute gibt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es hier eigentlich einigermaßen kurz machen, auch die SVP-Fraktion befürwortet diesen Ratschlag grossmehrheitlich. Wir haben das auch diskutiert, bereits schon bei der Motion Jérôme Thiriet, als es zu zwei Überweisungen der Motion kam, ob das jetzt eine Staatsaufgabe ist oder nicht. Grossmehrheitlich ist die SVP-Fraktion zum Entschluss gekommen, dass es eine Staatsaufgabe ist und dementsprechend müssen wir hier auch die entsprechenden Kosten dafür verantworten und dem so zustimmen.



Jetzt kann man darüber diskutieren, ob sich jetzt hier der Kanton einmischen soll oder nicht. Auf der anderen Seite kann man aber auch sagen, ob das jetzige System korrekt ist, wo Grundeigentümer auf Allmend räumen müssen, weshalb das überhaupt gerecht ist oder nicht. Denken Sie gerade an Menschen, welche vielleicht einen älteren Jahrgang haben und vielleicht dafür gar nicht mehr in der Lage sind, Menschen mit einer Behinderung, welche Liegenschaftsbesitzer sind, Menschen, welche gerade in den Ferien sind. Daraus hat dann die SVP-Fraktion grossmehrheitlich dann schon auch die Haltung gehabt, dass das nicht die Aufgabe von Privaten sein kann, auf Allmend hier zu räumen und entsprechend müssen wir jetzt dem so auch zustimmen.

Aber auch die Erwartungshaltung, da habe ich etwas eine andere Meinung wie Regierungsrätin Esther Keller, selbstverständlich ist dann auch die Erwartung dahinter, wenn wir so viel Geld auch sprechen, dass dann nicht schlechter oder weniger geräumt wird, sondern dass es mehr wird, weil der Kanton ja dann auch die Kompetenz hat, das zu tun. Er kann das über breite Flächen viel effizienter auch tun und es gibt ja auch bereits heute sehr viele Liegenschaftsbesitzer, welche gar nicht dafür in der Lage sind zu räumen und dementsprechend soll das dann schon auch eine Verbesserung sein und nicht direkt auch an eine Verschlechterung zu denken.

Da hat die Mehrheit der SVP-Fraktion dann schon auch eine andere Meinung, eine andere Erwartung, dass wir hier auch in Zukunft einen Mehrwert für die Gesamtbevölkerung schaffen und uns das auch so wert sein soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie dürfen, wenn Sie möchten, eine Frage beantworten. Das ist der Fall, Andrea Strahm wird sie stellen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Geben Sie mir recht, dass gemäss den üblichen Mietverträgen die Schneeräumung in aller Regel den Mietern überbunden wird?

Pascal Messerli (SVP): Da gibt es viele verschiedene Verhältnisse. Es gibt auch ältere Hauseigentümer, welche keine Mieter haben, dementsprechend wäre das individuell anzuschauen. Aber wir wollen ja hier jetzt eine grundsätzliche Lösung und wir müssen uns halt einfach die Frage stellen, ob es eine Staatsaufgabe ist oder nicht und wir kommen zum Entschluss, grossmehrheitlich ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da zu Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ob es sich beim Winterdienst auf Trottoirs um eine Staatsaufgabe handelt oder nicht, ist ja, wie im UVEK-Bericht erwähnt, eine politische Frage. In einer dicht bebauten Stadt kann das eine Lösung sein, um im Winter eine Verbesserung zu erreichen. Die Kosten für die kurze Zeit sind, wie wir ja sehen, nicht unerheblich und es stellt sich halt trotzdem die Frage, wo fängt die Bürgerpflicht an, an der Strassenkante, der Hauswand oder an der Türschwelle sogar. Aber lassen wir das. Wichtig ist mir in diesem Geschäft, dass Riehen mit Bettingen zusammen mit seinem Einwohnerrat das für sich selber entscheiden kann. Da ist die Topografie anders und es muss auch anders geregelt werden können und das wurde im Antrag so berücksichtigt und ich danke dafür und danke fürs Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Es erstaunt schon, wie eine breite Koalition so enthusiastisch sein kann, wenn es darum geht, Staatsgelder für nichts herauszuschmeissen. Und ja, es wurde vom Expectation-Management geredet und ich meine, es ist ja ganz klar, denken wir an dieses kürzliche Ereignis zurück. Dann wäre um 7 Uhr mit der Räumung begonnen worden durch den Staat und diese Vorgaben gelten aber nur für ein durchschnittliches Winterereignis. Das war kein durchschnittliches Winterereignis, da wäre auch so niemand gekommen, sicherlich nicht in irgendwelche Quartierstrassen. Es wurde auch von der Topografie gesprochen. Ich wohne auf dem Bruderholz, das auch relativ gebirgig und hügelig ist, da wird niemand kommen.

Und wenn Sie jetzt diese Regelung einführen, ich muss André Auderset widersprechen, das ob ist noch nicht entschieden, wenn es um eine Gesetzesänderung geht, ist die zweimalige Überweisung einer Motion eine Voraussetzung, aber über das ob entscheiden wir heute und wir können diesen Unsinn heute noch mit gutem Gewissen bremsen. Ich meine, Sie erwecken damit die Erwartung, es wird irgendwo, wenn Sie um 7:30 Uhr aus dem Haus gehen wollen, Herr Wermuth geht ja erst um 9 Uhr aus dem Haus, vielleicht ist dann für ihn geräumt, dass dann alles aper ist, das ist doch nicht der Fall. Und als



Hauseigentümer sage ich, ja gut, dann spare ich alles, etc. und mache nichts, der Staat kommt ja. Das ist ja gut gesagt, aber ist völlig absurd bei einem solchen Ereignis. Sie setzen wirklich das Geld besser ein, dass die BVB wieder irgendein Schneeräumungsgerät hat. Sie erwecken hier Erwartungen, die nicht erfüllbar sind. Ich habe vor knapp fünf Jahren beim Winterereignis vor der Haustüre meinen Oberschenkel gebrochen. Das hätte der Staat nicht verhindert, der wäre nicht rechtzeitig da gewesen. Und ich meine, Expectation-Management, beim ersten Ereignis werden alle klagen, dass irgendwo um 7 Uhr bei ihrer Haustüre nicht begonnen wurde. Das wird so sein.

Dann höre ich, Zivilschutz aufbieten. Wie wollen Sie das bewerkstelligen? Also es wird immer absurder. Und ich meine, ich habe nichts dagegen, wenn man sagt, eine gewisse subsidiäre Pflicht des Staates besteht, mitzuhelfen, aber quasi die primäre Pflicht des Staates und alle völlig aus der Verantwortung zu entlassen, Sie werden dann die sein, die Schuld sind an allen Beinbrüchen, weil die Leute sagen, ich darf ja vor die Türe gehen, der Staat räumt schon. Also jetzt wirklich, solchen Blödsinn habe ich selten gehört. Und dann die Haftung, dann machen Sie doch eine separate Vorlage, positive Regressmöglichkeit abschaffen für den Staat. Und ich bitte Herrn Bollack mir irgendwo zehn Fälle zu nennen, wo das wirklich zu einem Gerichtsfall geführt hat. Der Herr Zivilgerichtspräsident wird auch noch sprechen, er kann auch mitteilen, ob das ihm je in der Praxis begegnet ist.

Ich weiss, ich spreche da völlig vergebens, aber das ist also wirklich geballter Populismus ohne irgendeine positive Auswirkung für unsere Bevölkerung, ausser falsche Erwartungen zu erwecken. Vielen Dank, dass Sie das unserer Bevölkerung antun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim genannten Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann eigentlich jedes Wort unterstreichen, das David Jenny gesagt hat, wir haben uns nicht abgesprochen. Ich liebe es, wenn es schneit. Ich finde es grossartig, wenn es schneit. Und ich muss Ihnen sagen, ich ziehe dann oftmals eine Mütze über den Kopf und gehe vor das Haus und schippe den Schnee etwas weg und das machen andere links und rechts auch und es wird fast so wie zu einem sozialen Event. Und was machen wir jetzt? Wir haben den Eindruck, für alles brauchen wir den Staat. Wir verlernen den Umgang mit dem Normalen, mit der Natur, mit dem, was uns geschehen kann. Es ist eine Illusion, dass um 7 Uhr, wenn es dann wirklich in der Nacht geschneit hat, vor Ihrer Haustür der Schnee weggeräumt sein wird. Da wird irgendwo angefangen und dann geht es fünf Stunden als Zielvorgabe. Ja, jetzt ist es so, dass Sie in der Regel um 8 Uhr an den meisten Orten in der Stadt zumindest relativ gut über das Trottoir gehen können. Ich weiss, dass es zum Teil eine Zumutung ist für ältere Menschen und da muss man sich nachbarschaftlich, nachbarnett absprechen, aber das geschieht auch häufig. Wir verlernen es nur, weil wir immer sofort nach dem Staat rufen, der da eine Lösung bringt und er bringt ja auch eine, sie kostet gigantisch viel und wir werden dann aber mit einer Staatsverdrossenheit weiterleben, weil wir sehen, der schafft es ja gar nicht. Es ist unmöglich, dass er es schafft. Jetzt helfen tausende von Leuten, dass das geschieht und nachher müssen das ein paar wenige mit Maschinen tun. Das kann nicht funktionieren, wir wecken falsche Erwartungen.

Das wollte ich Ihnen einfach mitgeben. Ich habe Verständnis, auch bei uns in der Fraktion sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Ein Teil von uns findet, natürlich soll das der Staat machen, das ist doch nicht unsere Aufgabe. Und ich plädiere für etwas mehr Gemeinnutz. Man kann solche Dinge auch als Bürgerin oder als Bürger machen und man profitiert selber sogar noch davon. Ich empfehle Ihnen, diese Vorlage nicht anzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet, Sie haben das Wort.

Jérôme Thiriet (GAB): Vielen Dank an alle Vorredner*innen für die viele Voten. Ich habe das auch in den letzten Wochen wieder gemerkt, dass das doch ein Thema ist, das bewegt. Das liegt vielleicht daran, dass es tatsächlich wieder einmal geschneit hat, und zwar nicht zu knapp und wir haben dort auch wieder gesehen, dass es nicht so wahnsinnig gut funktioniert.

Ich möchte sehr gerne auf die FDP eingehen. Ich verstehe das, dass man dort auf die Eigenverantwortung auch der Bürger und Bürgerinnen setzt, aber in diesem Fall müssen wir ja sagen, man sieht, es funktioniert nicht, die Eigenverantwortung. Die Trottoirs sind wirklich nicht geräumt und Regierungsrätin Esther Keller hat ja gesagt, gewisse machen das und dort ist es in dem Fall vielleicht sogar besser geräumt, als wenn es der Staat macht, aber es ist halt nicht flächendeckend. Also es wird vermutlich etwa zehn Mal besser sein nach Umsetzung dieser Gesetzesänderung, weil dann nämlich überall geräumt ist und gut geräumt ist. Und jetzt ist es so, dass etwa 70 Prozent der Trottoirs nicht geräumt sind und das ist auch der Grund, warum man diese Motion machen musste und wo wir jetzt wollen, dass das umgesetzt wird.

Bruno Lötscher hat auch so geredet, als wäre das das Exotischste und eine dümmste Idee, die es überhaupt gibt auf der Erde, aber ich glaube, es ist eher das umgekehrte, weil in allen anderen Städten und Gemeinden und Kantonen funktioniert



es so. Also wenn ich mich umhöre bei meinen Kollegen in Bern oder St. Gallen, die sagen, ja, das ist kein Problem, Trottoirs sind Grund von uns, von der Gemeinde, vom Staat und es ist eine Staatsaufgabe, fertig, und es ist überhaupt nichts Exotisches. Wir wollen jetzt einfach, dass das in Basel auch funktioniert.

Und Silvia Schweizer kann ich vielleicht noch die Angst nehmen, das ist so ein bisschen der Punkt, dass das wahnsinnig viel kostet und es uns so viel kostet, aber es geht, so wie ich das aus dem Ratschlag entnehme, eigentlich direkt wieder zur Wirtschaft zurück. Also die Firmen, die dort vielleicht ihre Aufträge von Privaten verlieren, kriegen sie dann einfach vom Kanton. Also das Geld geht an Privatfirmen. Und dort ist es mir vielleicht auch noch ein Anliegen, dass die hohen Kosten, die wiederkehrend sind, auch wenn es keine Schneereignisse gibt, dass man diese Kosten vielleicht bei einer Ausschreibung dann noch ein bisschen herunterbekommt.

Raffaella Hanauer hat gesagt, vielleicht gibt es ja eine Möglichkeit, dass wenn es, das klingt ja auch immer so wie ein Katastrophenfall, der nur all Schaltjahr eintritt, dass man dann den Zivilschutz aufbieten könnte. Oder, das habe ich auch schon einmal in einem Votum gesagt bei der Erst- oder Zweitüberweisung, dass es eine Möglichkeit ist, mit Sozialintegrationsfirmen zu arbeiten, die Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Aber ich glaube, die Baufirmen, die der FDP nahestehen, würden sich auch freuen, wenn sie die Aufträge bekommen und sie würden es sicher auch gut machen.

Ich gönne Riehen auch, dass sie das nicht umsetzen müssen. Mir wäre es natürlich lieber gewesen, wenn wir es kantonsweit hätten machen können, ich respektiere aber hier die Gemeindeautonomie. Ich will dann aber nichts hören, wenn die Riehener Einwohner und Einwohnerinnen sich beklagen, dass bei ihnen nicht geräumt ist, aber in Bettingen und in Basel-Stadt das wunderbar klappt, das wollen wir dann noch sehen, wie das ankommt.

Alles in allem bin ich zufrieden mit der Ausarbeitung der Regierung und der Gesetzesänderung und bin froh, wenn wir das Thema jetzt abschliessen können. André Auderset hat es eingangs auch gesagt, wir sind schon wahnsinnig lange daran und es ist ein Evergreen. Auch in den Medien, jedes Mal, wenn es schneit, kommt das Thema wieder und der Kanton ist immer noch nicht bereit. Also ich bin dann froh, wenn wir den Hauseigentümer*innen sagen können, dass es jetzt der Kanton übernimmt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Jérôme Thiriet, Joël Thüring möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen und er ist nicht der Einzige, auch Silvia Schweizer. Joël Thüring, die Zwischenfrage.

Joël Thüring (SVP): Jérôme Thiriet, Sie haben gesagt, es würde dann ja viel besser funktionieren, wenn es der Staat macht. Gerade im Rückblick auf das letzte Ereignis mit Schnee vor einigen Tagen, haben Sie den Eindruck, dass es damals auf dem öffentlichen Grund, Allmend, aber auch bei der BVB gut funktioniert hat, als es tatsächlich wieder einmal geschneit hat?

Jérôme Thiriet (GAB): Unterschiedlich, also ich glaube, die Fahrbahnen waren sehr gut schwarz geräumt. Bei der BVB war es schlecht, da gehe ich mit David Jenny einig, vielleicht sollten sie wieder einen Schneepflug kaufen, und auf den Velowegen und auf den Trottoirs war es eine Katastrophe, wie immer.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Silvia Schweizer, bitte Ihre Frage.

Silvia Schweizer (FDP): Jérôme Thiriet, Sie haben erwähnt, dass die privaten Firmen dazukommen, da gebe ich Ihnen recht, weil der Kanton oder die öffentliche Hand das gar nicht leisten kann. Aber haben Sie den Eindruck, dass bei unverhofftem Schneefall plötzlich alle ihre Mitarbeiter zum Schneeräumen schicken können? Man muss auch bedenken, wenn Sie die Baufirmen erwähnen, dass die Winterferien machen, die arbeiten meistens im Januar nicht.

Jérôme Thiriet (GAB): Ja, natürlich, ich habe sogar mit Andy Lutz, Bauunternehmer, gesprochen und er hat gefunden, das ist ein super Auftrag im Winter, wenn er eh nicht so gut ausgelastet ist. Und das letzte Mal hat er das, glaube ich, 2006 machen dürfen. Das ist eine Zeit lang her, aber die machen das gerne und gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir wieder bei Frau Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet, der Sprecher für die Kommission Raphael Fuhrer verzichtet ebenso. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung der Änderung des Bau- und Planungsgesetzes (Seite 8 des Berichts)



Titel und Ingress

I. Änderung Bau- und Planungsgesetz

§ 161 Abs. 2 (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 15 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005163, 11.12.24 11:37:51]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 [1] (Stand 1. August 2022) wird wie folgt geändert:

§ 161 Abs. 2 (geändert)

2 Der Winterdienst des Kantons beschränkt sich auf die Freihaltung der Fahrbahnen der Kantonsstrassen. Die Gemeinden sind zur Schneeräumung und zur Glatteisbekämpfung auf den Trottoirs an Kantonsstrassen innerhalb des Baugebietes verpflichtet. Die Abfuhr des Schnees von Fahrbahnen und Trottoirs ist Sache der Gemeinden. Die Gemeinden können die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf den Trottoirs durch Gemeindereglement den Anstösserinnen und Anstössern überbinden.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderung wird zugestimmt mit 74 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses betreffend Ausgabenbewilligung (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

- Beschaffung Winterdienstaggregate

- Durchführung Winterdienst

- Investitionen der Gemeinde Bettingen

- Winterdienst Trottoir an Kantonsstrassen

Publikations- und Referendums Klausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.



Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005165, 11.12.24 11:38:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs werden Ausgaben in der Höhe von gesamthaft Fr. 1'959'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 1'200'000 für die Beschaffung von zwanzig Winterdienstaggregaten zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»
- Fr. 741'000 als jährliche Ausgabe für die Durchführung des Winterdienstes auf Trottoirs zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements
- Fr. 7'000 als Beitrag an benötigte Investitionen der Gemeinde Bettingen (einmalig)
- Fr. 11'000 als Beitrag an den Winterdienst auf den Trottoirs an Kantonsstrassen

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird angenommen mit 72 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

6.1. Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe! Bericht der UVEK

[11.12.24 11:38:54, 21.5319.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Mit dem Entscheid über Eintreten auf dieses Geschäft haben Sie die Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe gemäss § 43 Abs. 5 der Geschäftsordnung als erledigt abgeschrieben.

7. Ausgabenbewilligung Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement, Ausgabenbericht des RR

[11.12.24 11:39:11, 24.1323.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht hier um Massnahmen gegen Rehe auf einem Teil des Friedhofes, und zwar dem Teil, wo es Grabpflanzungen hat. Aktuell haben die Zäune offensichtlich Durchgänge und so sammeln sich immer wieder Rehe in diesen Gebieten an. Es geht also darum, diese Zäune zu erneuern und zu erweitern inklusive Toranlagen, die neu automatisch schliessen und öffnen sollen und in den Zeiten dann möglichst auch geschlossen sein sollen. Sie können aber automatisch



ausgelöst werden, also Personen, die zum Beispiel mobilitätseingeschränkt sind, können trotzdem die Eingänge gut passieren.

In der UVEK haben wir folgende Punkte diskutiert: Wir haben uns gefragt, wie sieht das aus, wie dicht sind quasi diese Zäune, können dann auch andere Tiere, die eigentlich nicht gemeint sind, wie zum Beispiel Igel, dann auch nicht passieren. Das ist nicht der Fall. Die Zäune sollen so ausgestaltet werden, dass Kleintiere nach wie vor in und aus dem Friedhof hinausgehen können.

Der zweite Punkt, den wir auch angeschaut haben, ist die Frage, der Zaun und die Hecken sind ja sehr miteinander verwachsen, was bedeutet das für die Hecken. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Hecken wahrscheinlich in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn man diese Erneuerung der Zäune macht. Es ist aber so angedacht, dass die Hecken wieder nachwachsen und am Schluss die Zäune auch wieder in den Hecken verschwinden und optisch möglichst nicht sichtbar sein sollen.

Am Schluss hat die UVEK dann mit 11 zu 0 Stimmen beschlossen, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller hat das Wort für den Regierungsrat.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann es auch kurz machen. Ich freue mich sehr, dass wir die Rehfrage auf dem Hörnli mit einer zugegebenermassen ungewöhnlichen Massnahme gelöst haben mit dieser Verschiebung in den Jura. Es kann aber natürlich jetzt nicht das Ziel sein, jedes Jahr Rehe in den Kanton Jura zu schicken, sondern wir möchten diese Lösung jetzt auch nachhaltig und dauerhaft sichern. Zurzeit haben wir keine oder kaum Rehe auf dem Friedhof Hörnli. Wir möchten das weiterhin auf dem unteren Teil, das ist mir auch wichtig zu sagen, auf dem unteren Teil sicherstellen, auf dem oberen Teil, der ja sehr oder noch naturnah ist, dürfen diese Rehe natürlich weiterhin sein.

Es ist mir auch klar, der Zaun ist nicht ganz günstig, aber ich glaube, man muss auch sehen, es ist erstens eine grosse Fläche, zweitens hatten wir gerade mit den Rehen grosse Frassschäden, also auch laufende Kosten. Wir werden künftig wahrscheinlich nicht mehr die Möglichkeit haben von Privatpersonen, die diesen Schliessdienst übernehmen und mit diesem neuen Zaun ist all dies eben möglich.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Ausgabenantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie nehmen sicher die Zwischenfrage von André Auderset an? Sie wird angenommen. André Auderset hat das Wort.

André Auderset (LDP): Frau Regierungsrätin, ist dem Kanton bekannt, wie viele Hörnli-Rehe den Umzug dann auf dem Teller von jurassischen Feinschmeckern beendeten?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Danke für die Frage, tatsächlich habe ich mich mit meinem jurassischen Amtskollegen ausgetauscht. Tatsächlich sind einige gestorben, aber sehr viele haben sich am neuen Ort erfolgreich integriert und sprechen fließend Französisch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- neue Ausgaben

- jährlich wiederkehrende Ausgaben

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.



Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005168, 11.12.24 11:43:50]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 1'335'000 für den Friedhof am Hörnli – Zaun- und Tormanagement bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1'315'000 neue Ausgaben für das Zaun- und Tormanagement zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige»

- Fr. 20'000 jährlich wiederkehrende neue Ausgaben für den Unterhalt der automati-sierten Toranlage beim Friedhof am Hörnli zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 89 Ja-Stimmen.

8. Ausgabenbewilligung Elektromobilität in der Stadtgärtnerei; Ersatz von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen; Ersatz eines vollelektrischen multifunktionalen Geräteträgers, Ausgabenbericht des RR

[11.12.24 11:43:55, 24.1380.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Es geht hier um drei Fahrzeuge. Die sollen nun in elektrischer Ausführung gekauft werden, sie sind darum etwas teurer als vergleichbare fossile Modelle. Sie haben aber gleichzeitig natürlich diverse Vorteile, angefangen von der Klimabelastung über Lärm, über tiefere Unterhaltskosten, usw.

Wir haben uns in der UVEK gefragt, wird es jetzt so sein, dass für verschiedene Fahrzeuge wieder Ratschläge, Ausgabenbewilligungen nötig sind und wurden so informiert, dass dieser Umstieg dieser drei Fahrzeuge nun in ein Gesamtkonzept eingebettet ist. Es wurde konzeptionell durchdacht, wo und wie macht es Sinn, beim Fuhrpark der Stadtgärtnerei diesen Umstieg auf Elektromobilität zu machen. Was gibt der Markt her und was ist die Entwicklung, welche Fahrzeuge sind für welche Tätigkeit wirklich die richtigen, der Fuhrpark besteht ja nicht nur aus grossen Fahrzeugen, es kann auch mal ein Cargovelo sein, wenn kleinere Arbeiten anfallen. Und es ist so, dass nun ein Rahmenvertrag angestrebt wird und das dann im Rahmen dieses Gesamtkonzepts dieser Umstieg weiter vorangetrieben wird.

Bei diesen drei Fahrzeugen ist es nun aber dringender Ersatz, zwei davon, wenn ich mich richtig erinnere, sind schon nicht mehr im Einsatz und darum ist nun diese Ausgabenbewilligung auf dem Tisch und wir als UVEK haben das nachvollziehbar gefunden und auch die Mehrkosten als gerechtfertigt betrachtet und sind darum mit 13 zu 0 Stimmen dafür, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.



Detailberatung (Seite 9 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Ersatzbeschaffung Hubarbeitsbühnen

Ersatzbeschaffung multifunktionaler Geräteträger

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005170, 11.12.24 11:47:02]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Ein Betrag von Fr. 605'000, Ersatz für die Ersatzbeschaffung von zwei vollelektrischen Hubarbeitsbühnen für die Stadtgärtnerei zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» wird bewilligt.

2. Ein Betrag von Fr. 495'000, Ersatz für die Ersatzbeschaffung von einem vollelektrischen multifunktionalen Geräteträger für die Stadtgärtnerei zu Lasten der Investitionsrechnung Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, Investitionsbereich «Übrige» wird bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 80 Ja-Stimmen.

9. **Neubau Kunstrasen und Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof – Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund neuer Gegebenheiten, Ratschlag des RR**

[11.12.24 11:47:03, 24.0772.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an die Präsidentin der JSSK Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Gerne berichte ich im Namen der JSSK mündlich zu diesem Geschäft. Immer mehr Mädchen und Buben wollen Fussball spielen, die Fussballplätze der Stadt sind sehr dicht belegt. Aus diesem Grund ist seit längerem auf der Sportanlage Rankhof ein Kunstrasenfeld geplant, der Grosse Rat hat die nötigen Gelder im Jahr 2021 bereits bewilligt. Nicht zuletzt aber wegen einem Baum und wegen unerwarteten Altlastensanierungen musste das Projekt jetzt überarbeitet werden, was Kostenfolge hat. Neu soll das Sportrasenfeld im Stadion zu einem Kunstrasenfeld gemacht werden, dieser sogenannte Stadionrasen ist heute selten genutzt. Mit seiner Umwandlung zu einem Kunstrasenfeld können die Trainingskapazitäten für die Kleinbasler Sportvereine dann deutlich erhöht werden. Der Kunstrasen soll neu mit Kork gefüllt werden, das hat gegenüber anderen Kunstrasen Vorteile im Wasserrückhalt und auch eine geringere Wärmeentwicklung. Es werden ein paar bauliche Massnahmen nötig im Stadion, die alle dem Ratschlag entnommen werden können.



Die JSSK unterstützt den vorliegenden Antrag der Regierung einstimmig und beantragt Ihnen somit mündlich, die bestehende Ausgabenbewilligung zu erhöhen. Das war damals am 14. Januar 2021 bewilligt worden. Wir erhöhen nun auf Antrag der JSSK hoffentlich um 515'000 Franken, die Ausgabenbewilligung umfasst dann am Schluss neu 2'290'000 Franken.

Wir haben uns an einer Sitzung mit der Vorlage beschäftigt, sie wurde uns dankenswerterweise durch die Leiterin Gebäudemanagement vom BVD und durch den Leiter des Sportamtes des Erziehungsdepartementes vorgestellt. Wir stimmen dem Erhöhungsantrag einstimmig zu, möchten dann aber in aller Kürze doch ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen.

Erstens ist es der JSSK ein wichtiges Anliegen, dass höchste Transparenz bei Themen wie Kontaminierung von Böden gemacht wird. Tatsächlich hat nach dem ersten Ratschlag die Verwaltung Bodenproben gemacht und festgestellt, dass im Feld 3, wo der Kunstrasen zuerst geplant war, aber wegen dem Baum jetzt nicht gemacht werden kann, und auch im Stadion, wo das Kunstrasenfeld jetzt gemacht wird, dass da der Boden unerwarteterweise verschmutzt ist. Wir haben dann erst auf Rückfrage erfahren, um was für eine Verschmutzung es geht. Es geht um die Überreste einer alten, teilweise darunterliegenden Aschenbahn, also konkret einer Laufbahn. Vor vielen, vielen Jahren, genau weiss man das nicht, wurde diese nicht entfernt, sondern neue Bodenschichten darüber gemacht. Diese Kontaminierung bedeutet, dass der Boden nicht einfach jetzt entfernt und weiterverwendet werden kann, sondern sachgerecht entsorgt werden muss. Deshalb müssen wir jetzt Entsorgungskosten von 320'000 Franken bewilligen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Information betreffend die Art und Bedenklichkeit der Verschmutzung und auch dem Ausmass der Verschmutzung im Ratschlag spärlich bis schon fast intransparent dargestellt ist. Der Ratschlag nennt nur die Verschmutzungen im Feld 3, aber nicht die im Boden des Stadions. Es ist auch ein wichtiges Anliegen nochmals zu betonen, dass es sich um Verschmutzung durch eine alte Laufbahn handelt und dass von dieser aber keinerlei Gefahr ausgeht und auch unterhalb des Naturrasens vom Feld 3 belassen werden bleibt.

Dann möchte die JSSK auch noch auf die lange Dauer des Projektes kritisch hinweisen und auch gewisse Mängel in der Planung. Das Vorprojekt für den Kunstrasen im Rankhof ist bereits 2019 gemacht worden. Vorabklärungen mit dem Bauinspektorat zur grossen Schwarzpappel am linken Rand im sogenannten Gefahrenbereich des Spielfeldes ergaben damals keine klaren Aussagen. Es wurde dann entschieden, den Ratschlag an den Grossen Rat zu machen im Jahr 2020. Erst dann im Rahmen des Baugesuches wurde dann die Fällung des Baums durch die kantonale Baumschutzkommission abgelehnt. Die zuständigen Departemente mussten dann deswegen prüfen, die Feldgrösse zu reduzieren, was diverse Nachteile hätte, oder auf das Stadion zu wechseln und erst dann kam die Kontaminierungsthematik noch zum Vorschein. Wieso es aber letztlich bis ins Jahr 2024 dauerte, bis dann die Erhöhung der Ausgabenbewilligung aufgrund der neuen Gegebenheiten beantragt wurde, ist uns letztlich unklar geblieben. Wichtig ist jetzt natürlich, dass das jetzt umgesetzt werden kann im Frühling/Sommer 2025, also zügig.

Der JSSK ist es aber ein Anliegen, unser Unverständnis für die lange Dauer und auch dieser in gewisser Weise nicht ideale Planung auszudrücken. Der Bedarf der Vereine ist seit Jahren dringend. Zudem hätte wirklich auch schon früher erkannt werden müssen, dass der Boden kontaminiert ist und die Planung hätte stärker berücksichtigen können oder berücksichtigen müssen, dass, wie gewisse Kommissionsmitglieder es ausdrücken, Bäume in Basel einen gewissen Sakral-Charakter haben. Während ein Teil der Kommission der Ansicht ist, dass Rekurs hätte eingelegt werden müssen gegen den Entscheid der Baumschutzkommission, ist es einem anderen Teil der Kommission wichtig darauf hinzuweisen, dass sie bereits 2021 auf die Baumthematik aufmerksam gemacht und alternative Lösungen gefordert hatten. Auch wenn die JSSK das jetzt einstimmig unterstützt, ist es uns wichtig zu betonen, dass die Vorlage keinen besonders guten Eindruck der involvierten Departemente hinterlässt.

Dann hat die JSSK sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Sanierung von Sportplätzen in kleinen Schritten wirklich sinnvoll ist. Zum Beispiel wird die Sanierung von Tribünen verschiedener Stadien in Zukunft zusammengefasst und nicht pro Sportplatz vorgegangen. Wir bewilligen jetzt einen neuen Kunstrasen, Bewässerung, Beleuchtung, aber die Tribünensituation und Garderobensituation auf dem Rankhof wird jetzt nicht angeschaut. Das bedeutet, dass, wie es in der Kommission ausgedrückt wurde, die Bagger immer wieder von neuem auffahren und wir möchten hier die Frage aufwerfen, ob dies wirklich so effizient ist.

Zum Schluss möchten wir nochmal zum Ausdruck bringen, dass der Bedarf nach mehr Fussballflächen wirklich gross ist, der Ausbau von Sportflächen ein wichtiges politisches Anliegen. Kunstrasen ist dabei ein wichtiges Element, auch wenn es natürlich Nachteile hat, wie die Versiegelung des Bodens oder Erhitzung im Sommer. Mit 14 Prozent Kunstrasenanteil befindet sich Basel aber deutlich unter dem Schnitt anderer Schweizer Städte und aus Sicht der JSSK sollte oder darf es dann wirklich noch das eine oder andere Kunstrasenfeld mehr in der Stadt geben.

In diesem Sinne empfehle ich dem Grossen Rat mit diesem mündlichen Bericht die Annahme dieses Grossratsbeschlusses und wir begrüssen es, dass die jungen Fussballer*innen hoffentlich bald mit Freude dann davon profitieren können, dass die Platzknappheit durch das neue Kunstrasenfeld etwas abnimmt.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es ist aus sportlicher Sicht ein ergiebiger Vormittag. Wir haben jetzt schon das zweite Sportprojekt, wenn auch ein deutlich kleineres. Wir haben auf den Fussballplätzen wirklich einen hohen Nutzungsdruck, viele Menschen, auch junge Menschen, die ihn benutzen möchten, und es ist natürlich so, dass ein Kunstrasen eine deutlich höhere Belegung zulässt als ein Naturrasen.

Vielleicht zum Thema, weshalb das so lange ging. Einiges wurde angesprochen, es ist aber schon auch so, dass wir uns diesen Entscheid, ob es einen Kunstrasen gibt oder ein Naturrasen nicht ganz einfach machen. Es ist eine zusätzliche Versiegelung und wo immer möglich möchten wir natürlich weiter auf diese Naturrasen setzen. Aber hier, glaube ich, macht es jetzt Sinn, hier werden dann bis zu vier Teams gleichzeitig trainieren können. Auch mit der erneuten Beleuchtungsanlage wird sich vieles deutlich verbessern und das wird spürbar sein und auch auf der Mieteinnahmenseite erwarten wir doch bis zu 10 Prozent mehr Mieteinnahmen.

Ich denke, insgesamt spricht deshalb vieles für diese Erhöhung der Ausgabenbewilligung. Ich danke der JSSK für die Beratung, auch für die kritische Auseinandersetzung, für die kritischen Anmerkungen, die wir sehr gerne mitnehmen und ich würde Ihnen danken für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Wir haben nochmal Sport heute Morgen, das finde ich super und es geht genau wieder um das gleiche und darum möchte ich schnell etwas dazu sagen, auch wenn Barbara Heer eigentlich genau alles gesagt hat, wie wir das besprochen haben.

Vor 15 Jahre hat man gemerkt, dass man zu wenig Fussballplätze im Rankhof hat. Es ist immer schwierig, wenn es regnet, vor allem im Herbst und im Frühling und es früh dunkel wird, dann sind die Plätze gesperrt und man kann dann nicht auf diese Plätze gehen. Kunstrasen, im Kanton Basel-Stadt haben wir am wenigsten von der ganzen Schweiz, ist eine Lösung zusammen mit der Flutlichtanlage und das geht jetzt tatsächlich schon über 15 Jahre, bis irgendwann einmal so ein Kunstrasenplätzchen auf dem Rankhof kommt. Es ist ein Baum im Weg, dann heisst es gerade, Halt, Stopp, und da beziehe ich mich auf die erste Rede von heute Morgen, auch hier wieder, man findet wieder irgendetwas, wo es heisst, jetzt müssen wir noch warten, wir müssen es nochmal analysieren, müssen es nochmal zurückschieben und nochmal Zeit vergehen lassen und die Rasenplätze, die gehen und kommen nicht.

Letzte Woche hatten wir eine Handball EM hier in Basel, wo man gesagt hat, die Nachhaltigkeit sei wichtig, weil die jungen Menschen dann hier Vorbilder sind und dann auch Handball spielen wollen, aber wir haben zu wenig Hallen, damit wir diese aufnehmen können. Der RTV hat jetzt schon wieder 40 junge Kinder nach Hause schicken müssen, weil sie gesagt haben, wir können nicht mit 80 Kindern in einer Schuhschachtel-Turnhalle trainieren und es sind wieder 40 nach Hause. Wir haben im nächsten Sommer eine Fussball EM in Basel, wo man auch sagt, wir machen Nachhaltigkeit, eine Frauen EM, die jungen Mädchen sollen in die Vereine gehen, Sport treiben, Fussball spielen, ja, und wir brauchen 15 Jahre, um eine Kunstrasenfläche zu machen.

Ich glaube, das ist einfach nicht der Weg. Entweder sagen wir, wir sind eine Sportstadt Basel, Daniel Seiler hat da ein Wort in den Mund genommen, wo ich eigentlich nicht erkennen kann, dass Basel eine Sportstadt ist, auch vom Sinn her, wir möchten eine werden oder wir lassen es sein und das muss die Bevölkerung vielleicht auch einmal entscheiden. Wir sind Vertreter der Bevölkerung und wenn wir immer dagegen handeln, aber immer nur reden für den Sport, aber dann jede Gelegenheit nutzen, um das wieder hinauszuzögern, kommen wir gar nirgends hin. Dann sind wir alle schon längstens irgendwo auch auf dem Hörnli mit der neuen Zaunanlage, aber dort haben wir dann auch kein Interesse mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat Fleur Weibel für das GAB.

Fleur Weibel (GAB): Ich mache es ganz kurz, damit wir noch abstimmen können. Esther Keller, ich habe jetzt schon nicht ganz folgen können mit der Begründung der Verzögerung des Projekts, dass es lange gegangen ist zum Prüfen, ob man einen Kunstrasen macht oder nicht, weil das ja eigentlich die Entscheidung gewesen ist, die man im 2021 schon gefällt hat.

Das, was hingegen das Problem gewesen ist, ist, dass man das Problem mit dem Baum unterschätzt hat, mit dieser grossen Schwarzpappel, und obwohl die Grünen damals schon darauf hingewiesen haben, dass es keine gute Idee wahrscheinlich ist, die Pappel fällen zu wollen, und die Baumschutzkommission hat dem auch zugestimmt, dann geht es noch einmal mehrere Jahre, bis nachher die Regierung die ganze Sache noch einmal prüft.



Erst dann kommt zum Vorschein, dass der Boden verschmutzt ist und was mich besonders aufgeregt hat, ist, dass nachher in diesem Ratschlag drin auch noch falsch dargestellt wird, welches Feld verschmutzt ist. Es ist dort nicht die Rede davon, dass es der Stadionrasen ist, sondern es wird nur vom Feld 3 gesprochen, dort bleibt der Boden aber bestehen, die Verschmutzung bleibt auch bestehen. Was auch nicht im Ratschlag drinsteht, ist, dass die Verschmutzung eigentlich unbedenklich ist. Das ist vielleicht auch noch wichtig, das jetzt zum Ausdruck bringen, dass der Rankhof grundsätzlich nicht bedenklich ist, sondern dass die Entsorgung von dem Ganzen bedenklich ist.

Darum möchte ich schon der Regierung mitgeben, dass man doch in Zukunft solche Planungsdebakel verhindert, damit wir in Sachen Kunstrasen in Basel-Stadt vorwärtskommen und den Sportbedürfnissen und den Fussballbedürfnissen entsprechen können. Das in aller Kürze, es wäre eigentlich ein bisschen fundierter gewesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Esther Keller, Sie haben das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ganz kurz, ich nehme das absolut mit, ich sehe auch oder höre auch, dass Sie sich jetzt gerade in so einem Fall detailliertere Ausführungen in diesen Berichten wünschen und ich nehme das gerne mit für die weitere Zusammenarbeit auch mit dem Sportamt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Ratschlags)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

- Investitionsbereich Hochbauten
- einmalige Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA. Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005172, 11.12.24 12:01:49]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Neubau des Kunstrasens und die Erneuerung der Beleuchtung auf der Sportanlage Rankhof werden die mit GRB 21/2/20G bewilligten Ausgaben von Fr. 1'775'000 um Fr. 515'000 auf insgesamt Fr. 2'290'000 erhöht. Die Erhöhung teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 265'000 zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Hochbauten im VV
- Fr. 250'000 einmalige Ausgaben zulasten der Erfolgsrechnung

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wird einstimmig angenommen mit 87 Ja-Stimmen.

Schluss der 40. Sitzung



12:01 Uhr